

Volksstimme

Einzelpreis 25 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für literarische Arbeiten: Wilhelm Vindey, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Klannich & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 1. — Fernsprechanzahl 1111. Für Inserate 1687 für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzeitungsliste 1. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreis Vierteljährlich einchl. Zustellung 12.00 RM, monatlich 4.00 RM. Dem Abonnenten Verlag und den Ausgabestellen Vierteljährlich 11.55 RM, monatlich 3.85 RM. Bei den Postämtern monatlich 12.00 RM, monatlich 4.00 RM ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 25 Pf. Anzeigengebühr: die sachliche Notwendigkeit 1.00 RM, im Restbetrag je 1.50 RM. Übersetzungen: 25 Pf. Anzeigen-Abgabe acht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. Postamt Berlin, Postfach 1111.

Nr. 114.

Magdeburg, Dienstag den 18. Mai 1920.

31. Jahrgang.

Wahlaustritt in Braunschweig.

Am Sonntag fanden in Braunschweig die Wahlen zum Landtag statt.

Braunschweig war eine Hochburg der Unabhängigen. Die nun stattgefundenen Wahlen müssen also gewertet werden als Probe, wie weit es den Unabhängigen gelungen ist, durch ihre Politik die Macht der Arbeiterschaft zu stärken und vor allem Vertrauen in jenen Parteien zu gewinnen, die bisher dem sozialistischen Gedanken ablehnend gegenüberstanden.

Was zeigt nun der Ausfall der gestrigen Wahlen in Braunschweig. Eine ungeheure Schwächung der Arbeiterschaft und eine

bedeutende Stärkung der Reaktion.

Die Porzellanladepolitik der Unabhängigen hat das Bürgerturn in einen Rechtsblock zusammengeschweißt, die Arbeiterschaft aber zersplittert und geschwächt. Statt im Angriff stehen heute die Sozialisten in der Abwehr. Nur wenn die Unabhängigen sich in letzter Stunde entschließen, mit den von ihnen bis aufs Blut bekämpften Sozialdemokraten eine Koalition einzugehen, kann vielleicht noch eine erzkonservative Rechtsregierung in Braunschweig verhindert werden. Vielleicht bleibt es den Abkömmlingen der U. S. P., den Kommunisten, vorbehalten, auch diese letzte Möglichkeit durch eine weitere Kraftzersplitterung zu verhindern zu haben. Wahrscheinlich ein großartiger „Erfolg“ für die „revolutionäre“ U. S. P. Politik in Braunschweig: 1918 eine „revolutionäre unabhängige Volksbeauftragten-Regierung“ — 1920 eine reaktionäre Rechtsregierung. Das ist die Frucht des

Kampfes innerhalb der Arbeiterschaft,

während doch alle Ursache vorhanden ist, alle Kräfte zu sammeln gegen die Reaktion.

Der ständige ausschließliche Kampf der Unabhängigen gegen die Sozialdemokraten hat wohl eine Schwächung unserer Partei zur Folge gehabt, hat aber der gesamten Sache des Proletariats, dem Sozialismus eine Niederlage gegen die Reaktion zugefügt. Wenn scheinbar die Unabhängigen ihre Stimmenzahl annähernd zu halten vermochten, so doch nur auf Kosten des eignen Bruders, nicht auf Kosten des Gegners. Die Politik der Unabhängigen hat den

Erfolg der Reaktion hervorgerufen.

Es wurden abgegeben in der Stadt Braunschweig (die Ergebnisse der Wahl vom 22. Dezember 1918 sind in Klammern beigefügt):

- für die Unabhängigen 28022 (U. S. P. und K. P. D. 23070),
 - für die im Landeswahlverband befindlichen bürgerlichen Parteien 27271 (14720),
 - für die Sozialdemokraten 8186 (12165),
 - für die Demokraten 6536 (15125)
- und für die Kommunisten 1692 Stimmen.

Bis Sonntag abend 10 Uhr waren im ganzen Land einschließlich Stadt Braunschweig gezählt:

- für den reaktionären Landeswahlverband 47306,
 - für die Unabhängigen 47250,
 - für die Sozialdemokraten 16551,
 - für die Demokraten 11247
- und für die Kommunisten 2044 Stimmen.

Vernehmlich ist die Niederlage der Demokraten. Die Unzuverlässigkeit des sogenannten „demokratischen“ Bürgerturns tritt im Ausfall der Braunschweiger Wahlen grell ans Tageslicht. In heißen Haufen sind die

Bürger abgewandert — zur Reaktion.

Aber auch daran tragen die Unabhängigen ein gerüttelt Maß von Schuld. Ein sehr großer Teil der „bürgerlichen“ Wähler gehört seiner Klassenlage nach zum Proletariat. Erste Aufgabe der Sozialisten muß es sein, diese Fernstehenden oder Schwankenden herüberzuziehen, für die Sache des Proletariats, die doch auch ihre Sache ist, zu gewinnen. Die unabhängig-kommunistische Rutschpolitik, die gerade in Braunschweig Orgien gefeiert hat, ließ diese Wählermassen auf den Bolschewisten schreien hereinfallen, dem immer neue Nahrung und immer neuen Auftrieb die U. S. P. und K. P. D. in überreicher Fülle geliefert haben und immer noch liefern.

So haben die Unabhängigen den Reaktionären die Scheuergelüfte, die Wähler zugetrieben. Die „Revolutionäre“

haben reaktionäre Politik getrieben. Wir Sozialdemokraten haben ihnen das in Wort und Schrift täglich vor Augen gehalten; sie haben es nicht geglaubt. Nun liegt für Braunschweig das klare Ergebnis vor.

Soll das Resultat der Reichstagswahlen das gleiche werden? —

Noch ein Wahlergebnis.

In Danzig haben am Sonntag die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung stattgefunden mit folgendem Ergebnis: Sozialdemokraten 19, Unabhängige 21, Deutschnationale (mit Deutscher Volkspartei?) 34, Zentrum 17, Demokraten 10, Freie wirtschaftliche Vereinigung 12, Polen 7 Sitze.

Es fehlen noch einige ländliche Bezirke, doch dürften diese an dem Ergebnis kaum noch etwas ändern.

Auch hier eine Schwächung der Gesamtarbeiterschaft, Zurückdrängung der Demokraten und Stärkung der Reaktion.

Die Junker und Agrarier, die Reaktionäre und Monarchisten segnen die Unabhängigen und Kommunisten als ihre erfolgreichen Schrittmacher. —

Rückzug der Franzosen.

General Nollet, der Chef der Interalliierten militärischen Kontrollkommission hat offiziell bestätigt, daß die deutschen Streitkräfte in der neutralen Zone die vorgeschriebene Zahl nicht überschreiten. Infolgedessen hat Marshall Foch Befehl gegeben, die neu besetzten Gebiete zu verlassen und die Befragung an die Grenze des ehemaligen Brückenkopfs zurückzuführen. Die Rückbewegung wird am Montag den 17. d. M. stattfinden.

Dazu teilt die französische Behörde den Frankfurter Amtsstellen mit, daß die Räumung Frankfurts und des Maingauer vom Montag früh 4 Uhr ab beginnt. Um während der Räumung unliebsame Zwischenfälle zu verhindern, fordert die französische Behörde Stellung von Geiseln, und zwar Regierungspräsident Cohnmann, Oberbürgermeister Voigt, Polizeipräsident Genosse Ehrler, Stadtverordneten-Vorsteher Genossen Hüpf, Stadtrat Dr. Kumpf, Stadtverordneten Lion, außerdem eine Bürgerschaftsumme von 1 Million.

In Ausführung des Fochschen Befehls hat ein großer Teil der französischen Truppen bis morgens um 7 Uhr Frankfurt a. M. bereits verlassen. Die zurückgebliebenen sind ebenfalls marschbereit. Zwischenfälle haben sich bisher nicht ereignet. Die Abzugstraßen und auch die bisher von den Franzosen besetzten Lokale waren von der blauen Polizei besetzt, die in voller Stärke aufgeboten war. Auch in Darmstadt ging die Räumung bisher ohne Zwischenfälle vor sich. Ganau ist bereits vollständig geräumt. Auch die belgischen Truppen haben den Befehl zum Abmarsch erhalten.

Nach langem Zögern haben sich die Franzosen also nun doch entschließen müssen, die auf eigene Faust besetzten Städte im Maingau zu verlassen und ihre Truppen hinter die Grenze zurückzunehmen, die im Friedensvertrag vorgesehen ist.

Als Foch am 10. April den Befehl zum Vorrücken nach Frankfurt a. M. gab, glaubten die Franzosen, wenn auch nicht mit hellem Jubel, so doch mit einer gewissen innern Befriedigung in den zu besetzenden Gebieten aufgenommen zu werden. Die törichtesten Redensarten unabhängiger und kommunistischer Führer während der letzten Monate im Ruhrgebiet, daß die Arbeiter unter englisch-französischer Herrschaft sich viel wohler fühlten als unter der deutschen; die mehr als freundschaftliche Art, mit welcher der unabhängige Abgeordnete Braß französischen Korrespondenten Dokumente aushändigte, um welche die deutsche Regierung vergebens gebeten hatte — nicht einmal Abschriften konnte sie trotz wiederholter Bitten, die auch an den Unabhängigen Dittmann gerichtet wurden — erhalten; der Eifer, mit welchem Braß und seine Freunde mit den französischen Offizieren in Koblenz verhandelte, die Ergebnisversicherungen, welche die Unabhängigen in Köln den Besatzungsbehörden abgaben, konnte bei den Franzosen nur zu leicht den Anschein erwecken, als seien auch deutsche Arbeiterkreise geneigt, eine Loslösungspolitik mitzumachen. Sie haben sich darin

schwer getäuscht. Den Militarismus, gleichgültig in welcher Uniform, haben die deutschen Arbeiter gründlich satt.

Als England und Italien den eigenmächtigen Schritt Frankreichs verurteilten, gaben sie ihrem Vertrauen Ausdruck, daß Deutschland und seine jetzige Regierung stark genug sind, um selbst der innern Schwierigkeiten Herr zu werden, daß Deutschlands Wirtschaft in der aufsteigenden Linie sich befinde, daß es ein Unrecht war, sich in die innern Verhältnisse Deutschlands einzumischen.

Der Vormarsch nach Frankfurt a. M. war ein billiger militärischer „Sieg“ der Franzosen — er hat nur einigen friedlichen Zivilisten das Leben gekostet — der Abmarsch ist eine politische Niederlage der Franzosen, ein kleines siegreiches Gefecht auf dem Wege zum endlichen Frieden, ein Erfolg der deutschen Außenpolitik. —

Das Vorspiel zur Konferenz in Spa.

Englische und französische Minister haben sich in Githo getroffen, um untereinander über ihre Stellung auf der kommenden Konferenz in Spa einig zu werden. Als Ergebnis dieser Besprechungen wird in einer offiziellen Erklärung gesagt, daß die englische und die französische Regierung anerkennen, daß die Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden unverzüglich sichergestellt und die für diesen Zweck notwendigen Mittel so schnell wie möglich flüssig gemacht werden müssen. Deutschland müsse in den Stand gesetzt werden, durch rasche Erfüllung seiner Verpflichtungen seine finanzielle Autonomie wiederzuerlangen. Die Regierungen hielten es für notwendig, zu einer Regelung der Gesamtheit der Kriegslasten zu kommen. Die Sachverständigen der beiden Länder werden beauftragt, sofort den Minimalbetrag der deutschen Schuld und die Zahlungsmodalitäten zu bestimmen.

Die Alliierten sind sich aber durchaus nicht einig. Die Franzosen stellen Forderungen, welche die Engländer mit dem Hinweis auf ihre und ihrer Kolonien Hilfe und Verluste ablehnen. Jeder möchte für sich einen möglichst großen Anteil an der Beute haben.

Deutschnationale und Frauenwahlrecht.

Die Deutschnationalen behaupten, für das Frauenwahlrecht einzutreten. Nämlich weil die Frauen das Wahlrecht schon haben und die Reaktionäre die Stimmen der jetzigen weiblichen Wähler nicht entbehren können. Die wahre Gesinnung der Deutschnationalen, ihre abgründige Heuchelei, tritt aber zutage, wenn man nachliest, wie ihre führenden Blätter und Männer noch vor wenigen Jahren gegen das Frauenwahlrecht und die politische Betätigung der Frau überhaupt getobt haben.

Die „Kreuzzeitung“ schrieb 1906 in Nr. 534:

Vom Standpunkte der öffentlichen Interessen müssen wir uns entschieden gegen die Zuerkennung des politischen Wahlrechts an die Frauen erklären.

Daselbe Blatt schrieb 1901 in Nr. 534:

Die Frauenbewegung hat auf ihre Fahne den vom geschichtlichen wie vom rein menschlichen Standpunkt gänzlich verfehlten Satz geschrieben, das weibliche Geschlecht müsse in den meisten, wenn nicht in allen Dingen dieselben Rechte genießen wie das männliche. Von irgendeiner Unterordnung unter dieses soll keine Rede mehr sein.

Rebentlow, der Hauptmitarbeiter der „Deutschen Tageszeitung“, erklärte 1909 die Frauenbewegung für ein Mittel der „nationalen Zerstückung“. Er schrieb:

Die moderne Frau, das Bewegungswelt, ist himmelweit entfernt natürlich von irgendeinem Verständnis für die Geschichte.

Wir sind begierig zu erfahren, ob Rebentlow dieses herbe Urteil auch auf seine Parteigenossinnen Käthe Schirmacher, Margarete Behm, Anna von Gierke usw. erstreckt.

In der antisemitischen Zeitschrift „Der Hammer“ schrieb noch kurz vor dem Kriege (1912 auf S. 134) eine Dame namens Katharina von Rosen:

Die Frau muß sich wieder dem Mann unterordnen und ein germanisches Weib werden.

Wenn die Deutschnationalen erst einmal die Macht hätten, würde es ihr erstes sein, den Frauen das Wahlrecht wieder zu nehmen. Den sich Beschwerenden würden sie höhnisch erwidern: Was wart ihr so dumm, uns zu wählen! —

Paul Löbe

spricht am Dienstag abend im „Konzerthaus“, Leipziger Straße 62. Paul Löbe, der Vizepräsident der deutschen Nationalversammlung und Fraktionsvorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung ist einer der volkstümlichsten Redner der Sozialdemokratie, einer der hervorragendsten Parlamentarier. — Er wird abrechnen mit den Gegnern von links und rechts. — Wähler, Parteifreunde, erscheint in Massen!

Die bayerische Reaktion.

Bayern, das heißt gerade die Leibe von Bayern, die sich vor Jahresfrist zur Ätere publik bekannt hat oder doch stark mit ihr sympathisierte, entwickelt sich heute immer mehr zum Mittelpunkt der Gegenrevolution. Wer sich selbst in Mecklenburg und Pommern nicht mehr sicher fühlt, der geht nach Bayern. Major Bischof und seine Kumpane waffen sich heute in München, Garmisch-Partenkirchen, in Regenaburg, Passau und Rosenheim mit ihren russischen Freunden zaristischer Couleur. Nissen konnte man in Bayern nur als Kriegsgefangene. Erst seit der bürgerlichen Regierung von Nahr wird das Straßenbild von München auch durch Offiziersuniformen der alten Jarenarmee belebt.

Ein lauberes München haben deutsche und russische Nationalisten ausgeheckt. Sie wollten deutsche Freikorps auf Donauschiffe verladen und nach Südrussland schaffen, wo ihnen menschenfreundliche Großgrundbesitzer Land zur Ansiedlung geben wollten, wogegen die deutschen Freikorps nur eine Bedingung zu erfüllen hatten: sie sollten nicht Dampf-, sondern Sämaschinen und Ackergerätschaften mitbringen, sondern Kanonen, Maschinengewehre, Gewehre, Handgranaten und was sonst zur Ausrüstung eines modernen Landheeres gehört. Gegen eine solche Neuaufgabe des Baltikumabenteurers muß man sich natürlich entschieden zur Wehr setzen. Die deutsche Regierung sollte sich entschließen, den Wunsch deutschnationaler Kreise, einander aus dem Osten auszuweisen, wenigstens teilweise dadurch zu erfüllen, daß sie alle ehemaligen zaristischen Offiziere, die sich in Deutschland herumtreiben und sich in die innere und äußere deutsche Politik einmischen, abschiebt. —

Wichtige Termine zur Reichstagswahl.

Am Sonntag den 6. Juni wird der neue Reichstag gewählt. Das neue Reichswahlgesetz enthält Fristbestimmungen, die sich richten nach dem Tage der Wahl. Diese Fristen müssen genau beachtet werden, wenn die Wahlvorschläge überhaupt Geltung erlangen sollen. Solche wichtigen Tage sind:

Der 21. Mai. An diesem Tage spätestens sind beim Reichswahlleiter die Reichswahlvorschläge nebst der Zustimmung der Kandidaten einzureichen.

Der 28. Mai. An diesem Tage spätestens müssen bei dem Leiter des Wahlkreisverbandes die Erklärungen einer Verbindung mehrerer Wahlkreisverbände eingereicht werden. Die Verbindung ist nur dann wirksam, wenn diese Wahlvorschläge derselben Reichswahlkreise angeschlossen sind.

Der 24. Mai. An diesem Tage spätestens hat der Reichswahlleiter die Reichswahlvorschläge zu veröffentlichen.

Der 27. Mai. An diesem Tage spätestens kann durch Erklärung beim Reichswahlleiter verlangt werden, daß für die Wahlvorschläge die Reststimmen einem Reichswahlvorschlag zugerechnet sind; sonst scheiden die Reststimmen des Wahlkreises beim Zuteilungsverfahren für das Reich aus.

Der 2. Juni ist der letzte Termin für die Veröffentlichung der Wahlvorschläge durch den Reichswahlleiter.

Die für die drei Fristtage — 21. Mai, 28. Mai und 27. Mai — erforderlichen Erklärungen können auch telegraphisch erfolgen, jedoch hat sofort schriftliche Erklärung die telegraphische zu bestätigen. —

Reaktionäre der Deutschen Volkspartei.

Wie alle die reaktionären Elemente, die sich nach dem Ausbruch der Revolution zunächst schamhaft zurückgezogen hatten, jetzt in der Deutschen Volkspartei wieder an die Oberfläche kommen und für die Reichstagswahl kandidieren, so kriechen auch die schwer kompromittierten rechtsnational-liberalen Männer allmählich wieder aus ihren Schlupfwinkeln hervor.

So hat jetzt die Deutsche Volkspartei im Merseburger Wahlkreis an erster Stelle den Rechtsanwalt Bremer aufgestellt. Die Deutsche Volkspartei hatte vor den Wahlen zur Nationalversammlung erklärt, keine Kandidaten aufstellen zu wollen, die im Preussischen Landtage gegen das gleiche Wahlrecht gestimmt haben. Diese Rücksicht glaubt man nunmehr, auf die Vergeßlichkeit der Wähler spekulierend, fallen lassen zu dürfen. Denn Herr Bremer hat seinerzeit in sämtlichen drei Sitzungen gegen die Wahlrechtsvorlage der Regierung gestimmt und damit einen großen Teil der Schuld an dem innerpolitischen Zusammenbruch Deutschlands auf sich geladen.

Aber unbeschadet dessen wird er von der Deutschen „Volkspartei“ an erster Stelle auf die Liste gesetzt. Diese „Volkspartei“ rechnet eben damit, daß die Wähler alles vergessen haben. —

Milde Justiz.

Der Hauptkassierer der „Kreuzzeitung“, Hauptmann a. D. Foerster, ist wegen Verleumdung der Reichsregierung zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Er hat in einem Artikel die Regierung als Landesverräter und Schieber bezeichnet und geschrien, daß man nach der Kleiderbürste greife, um den Hofkammer zu reinigen, wenn man einmal unfreiwillig mit diesen Senten in Berührung geraten ist. Der Angeklagte trat keinerlei Wahrheitsbeweis an und suchte sich damit herauszureden, daß es ihm nur um einen Vergleich der jetzigen Regierung mit der früheren zu tun gewesen sei.

Nun, zu einem solchen Vergleich fordert das Urteil allerdings heraus. Was wäre wohl einem sozialdemokratischen Redakteur gegeben, der von der wilhelminischen Regierung etwas Ähnliches geschrieben hätte? Ein Jahr Gefängnis hätte über ihn noch nicht gezählt.

Aber der konservative Angeklagte hatte nicht nur milde Richter, sondern auch einen überaus milben Staatsanwalt. Der Staatsanwalt, der ebenfalls nur 300 Mark Geldstrafe beantragte, wollte strafmildernd berücksichtigen, daß der Angeklagte Redakteur eines oppositionellen Blattes ist und sich in einen scharfen, von innerer Ueberzeugung getragenen Kampf gegen die Regierung befinde. Wir setzen einen beliebigen Preis demjenigen aus, der uns einen Staatsanwalt nachweist, der unter dem alten System einem sozialdemokratischen Redakteur ähnliche Strafmißbilligungen zugestimmt hätte.

In diesem Zusammenhang interessiert es auch, daß der Vorsitzende dieses Gerichts wieder einmal derselbe Landgerichtsdirektor Vaumbach war, der im Hefserich-Prozess ständig den Angeklagten und den Kläger verwechselte, und der im Hohenholzer-Prozess den angeklagten prinzipialen Kaufboten nicht anders als „Eure königliche Hoheit“ titulierte. —

Studentenrevolte gegen Singheimer.

Professor Hugo Singheimer, der bekannte sozialdemokratische Parlamentarier, Mitglied der Nationalversammlung und des Untersuchungsausschusses, hat am Freitag abend in der Frankfurter Universität seine Antrittsvorlesung gehalten. Eine Gruppe deutschnational gesinnter Studenten versuchte fortgesetzt die Vorlesung zu unterbrechen, indem getrampest und mit dem Stock auf den Tisch geschlagen wurde. Schließlich gelang es der Mehrheit der Zuhörerschaft, die Musikanten zum Schweigen zu bringen, indem man ihnen gewaltsame Entfernung aus dem Saal ankündigte.

Mit Bezug auf diese Vorgänge ist heute eine Erklärung der deutschnationalen Studentenschaft erschienen, in der es u. a. heißt:

Wir sind erbitterte Gegner des Herrn Singheimer und werden jede Gelegenheit wahrnehmen, diesem Gefühl Ausdruck zu geben. Wir versagen ihm unbedingt und ohne Rücksicht auf seine etwaige Bedeutung als Wissenschaftler nach der äußerlichen, um nicht zu sagen unwürdigen Rolle, die er als homo politicus in unserm Vaterland gespielt hat, jede persönliche Achtung. Wir empfinden seine Verurteilung zum Lehrer an der Frankfurter Universität als Verleumdung der nationalen Studentenschaft.

Sind sich die Demonstranten darüber klar, daß mit der gleichen Argumentation demokratische oder sozialistische Studenten auf deutsche Professoren niedertrampeln könnten? Was soll schließlich herauskommen, wenn jeder Student sich das Recht anmaßt, einen Professor anzupöbeln, dessen Politik ihm nicht gefällt? —

Der „Putzsch“ von Sangerhausen.

Der Putzsch in Sangerhausen, von dem wir in der Sonntagsnummer kurz berichteten, ist eine vereinzelte verbrecherische Handlung, die mit der Bewegung der politischen Parteien nicht das geringste zu tun hat. Es handelt sich einfach um bewaffnete Verbrecher, die von außerhalb her in Autos mobil kamen, offenbar um unter der Maske des roten Terrors Geld zu erpressen. Zeitungsmeldungen, wonach die gesamte bewaffnete Arbeiterchaft die Stadt besetzt habe, sind unzutreffend; die Stadt ist vielmehr vollkommen ruhig und von jedem Terror frei. Von den Verbrechern im Automobil sind bereits drei Leute festgenommen und in das Gefängnis eingeliefert worden. Die Arbeiterchaft von Sangerhausen hat mit diesem tollkühnen Erpressungsmanöver nicht das geringste zu tun.

Die unabhängige „Freiheit“ schreibt zu den Vorkommnissen in Sangerhausen: „Die Sozialpolitik der entkornten Gaunerin Schröder-Wahlte scheint in dem friedlichen Städtchen Sangerhausen einen verspäteten Erfolg gehabt zu haben. In der Nacht zum Sonntagabend, nach einer Versammlung der Kommunistischen Arbeiterpartei, bemächtigten sich etwa 20 Bewaffnete, alles in Sangerhausen völlig unbekanntes dunkle Elemente, der öffentlichen Gebäude: des Bahnhofes, des Landratsamts, des Rathauses usw. In einer Bank raubten sie 300 000 Mark. Nicht ein einziger Arbeiter, außer dem Führer der Kommunistischen Arbeiterpartei, hat sich am Putzsch beteiligt.“ —

Hurrastimmung und Kriegshege.

Gerade die Kreise, die an unserm Volkes Glend schuld sind, hielten es am Sonntag vormittag im „Fürstendof“ für angebracht, durch eine „patriotische“ Kundgebung gegen den Versaillesvertrag, den doch alle Volkswichtigen Deutschlands verurteilen, für die Rechtsparteien Propaganda zu machen. Die nationalen Instinkte sollen noch zu den Wahlen ordentlich aufgepeitscht werden, damit durch solche Stimmungsmache bürgerliche Hurrastimmungen zustande kommen.

Die Deutsche Volkspartei hatte die Veranstaltung des nationalen Nimmels in die Hand genommen und den Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation, Frhn. v. Bersner, zu einem Vortrag über „Versailles und Paris“ kommen lassen. Für einen Vertreter des alten Systems sprach dieser Diplomat sehr gemäßigt, ja er enttäuschte seine Anhänger sogar manchmal. Die er doch Lloyd George deutschen Gedanken bisweilen für zugänglich und den so verhassten Präsidenten Wilson für einen ehrlichen Mann. Dann behauptete der Redner ganz richtig, daß in unserm Jahrhundert Schwaltfrieden keinen Bestand haben. Das hätten nur seine Freunde beim Frieden von Westfalen und Wulffsteden bedenken sollen, dann brauchen sie jetzt nicht über den Versaillesfrieden so fürchtbar entrüstet zu tun. Diesen Vortrag bezeichnete v. Bersner sehr zutreffend als den inneren Grund für all die Unruhen und das Glend in Deutschland. Er hätte sich damit in Gegensatz zu seinen Parteifreunden, die doch immer die Revolution und die Sozialdemokratie dafür verantwortlich machen.

Versners Forderung nach völliger Revision des Versaillesvertrages stimmt jeder Volkswisner zu, sie kann also nicht, wie er es vorschlug, von einer Partei, und am wenigsten von der Deutschen Volkspartei, als Wahlparole mit Beschlagnahme belegt werden. Anfangs war dann die Behauptung des Referenten, daß schon in allen Ländern, sogar in Frankreich, an der Revision des Friedensvertrages gearbeitet würde, nur in Deutschland würde von Volk und Regierung noch nichts dafür getan. Auf die Rechtsparteien mit ihren

Fahrgelängen und Revanche-Ideen

trifft dieser Vorwurf ihres Parteigängers allerdings zu. Völlig ungerade war dann die Kritik an der Haltung der Regierung bei der Besetzung Frankreichs; sie hätte sofort die Beziehungen zu Frankreich abbrechen müssen. Die Höhe politischer Gewissenlosigkeit bedeutete es aber, als Bersner, natürlich von den zahlreichen Heimkriegern und Kriegsgewinnlern stark befeuert, die Aufforderung an die Feinde richtete: Wenn wir eben den Vertrag nicht erfüllen wollen, dann mögen sich die Feinde die Lieferungen bei uns holen. Der sofortige Abbruch der Beziehungen zur Entente muß gefordert werden, das verlange die nationale Würde. Das in dem Augenblick zu fordern, wo das Ausland durch die Niederschlagung des militärischen Kampfes Putzsches Vertrauen zu unserm Volke gesetzt hat, ist ein Verbrechen, denn es bedeutet neuen Krieg und noch größeren Anheil für die wertvolle Bevölkerung.

Den zahlreichen anwesenden Gegnern dieser ansinnigen Politik wurde vom Leiter der Versammlung, Rechtsanwalt Dr. Rehle, das Wort abgeprochen, indem er, entgegen der Ankündigung, eine freie Aussprache nicht zuließ. Damit hatten die Kriegshege die urteillose Menge in die richtige Stimmung gebracht, so daß von den Leuten, die das Vaterland erst in das größte Unglück und die tiefste Schmach gestürzt haben, das Lied „Deutschland über alles“ angestimmt werden konnte.

Am 6. Juni muß die große Masse der Bevölkerung diesen Kriegshegen durch den Stimmzettel zeigen, daß es von Unüberwindlichen und Gewaltpolitik genug hat, und deshalb sozialdemokratisch wählt. —

Notizen.

Die Konferenz in Spa am 21. Juni. Nach einer Mitteilung aus Sythe haben Lloyd George und Millerand beschlossen, den alliierten Regierungen vorzuschlagen, die Konferenz von Spa am 21. Juni zu vertagen. Es soll eine Erklärung an die deutsche Regierung gerichtet werden. —

Gegen Völkerverträge. In Rotterdam sind die Truppen wieder eingezogen, die während des Rapp-Putschs die sozialdemokratische Zeitung in Rotterdam besetzt hatten, wobei die Maschinen demoliert wurden. Die Arbeiterchaft hat die Absicht, dagegen zu protestieren und geschlossen in den Generalstreik zu treten. —

Sie schämen sich. Laut „Frankf. Btg.“ sind die „Wiesbadener Neuesten Nachrichten“ von den Franzosen wegen Abdrucks der Telegramme über die schwedischen Proteste gegen die Verwundung schwarzer Truppen im besetzten Rheinland auf drei Tage verboten worden. —

Polnisches Attentat. Der „Oberschlesische Wanderer“ meldet aus Sobraw: In der Nacht zum Sonntag legten drei auswärtige Polen zwei Bomben an die Druckerei des Stadtblattes, dessen Redakteur Junold für die deutsche Sache eingetreten war. Die gesamte Druckerei ist vollständig zerstört worden. Vorher haben die Doppelnummer Deutschnationalen eine polnische Druckerei zerstört. Nun sind sie quitt. —

Wichtige Streitigkeiten zwischen Polen und Tschechen sind es öfter in dem kritischen und vielmehr in Ostaustrau Kohlenbezirk, der Fortsetzung des oberirdischen Kohlenbedens. Dort soll Volksabstimmung entscheiden. —

Neuerungen bei der Staatslotterie. Der Gewinnplan der im Juli dieses Jahres beginnenden 16. (242.) Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie weist erhebliche Verbesserungen auf. Die beiden Hauptgewinne betragen künftig auch in den ersten drei Verlosungen je 100 000 Mark. In der Haupt- und Schlussklasse sind die beiden Prämien von 300 000 Mark auf 500 000 Mark erhöht. An Stelle der bisherigen beiden Gewinne zu 150 000 Mark sind zwei Gewinne zu je 300 000 Mark eingeschoben. Die Mittelgewinne wurden der Zahl nach beträchtlich vermehrt, und zwar die Gewinne zu 5000 Mark auf 300 Stück, die Gewinne zu 3000 Mark auf 4000 Stück und die Gewinne zu 1000 Mark auf 8200 Stück. Die Freilosse sind einem vielseitigen Wunsch entsprechend wegen der damit verbundenen Weitläufigkeiten in Wegfall gekommen. Das bringt aber keine Verfürgung der Spieler mit sich, da künftig der kleinste Gewinn jeder Klasse so hoch bemessen ist, daß er den vollen Kaufpreis für das Erloslos deckt. Unter Berücksichtigung der Verteuerung auf allen Gebieten des Wirtschaftens ist der Lospreis zusätzlich eines Zehnerauschlags auf 7,30 Mark für das Erloslos in jeder der fünf Klassen und der Gewinnabzug auf 17 v. H. festgesetzt worden. —

Acht Personen, darunter eine Frau, von Franzosen erschossen. Sonntagvormittag sind in Vincennes vier Personen, darunter eine Frau, ehemalige Mitarbeiter der „Gazette des Ardennes“, erschossen worden. Vier weitere Angeklagte hat Präsident Deschanel begnadigt. An demselben Tage wurden in Valenciennes vier Personen hingerichtet, die im vergangenen Jahre vom dortigen Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden waren, weil sie französische Soldaten, die sich im besetzten Gebiet versteckt gehalten hatten, an die Feinde verrieten.

Die Streikwelle in Frankreich. Die Auslandsbewegung in Frankreich behält ihren hartnäckigen Charakter. Die Versuche, eine Aussprache der Regierung mit den Gewerkschaftsführern zu vermitteln, sind auch von nichtsozialistischen Mitgliedern des Parlaments unternommen worden. Ministerpräsident Millerand hat alle Vermittlungsversuche abgelehnt. Der Generalsekretär Jouhaux und die übrigen Mitglieder des Ausschusses sind vom Untersuchungsrichter vernommen worden.

Nach einer Pariser Meldung, die aber noch der Bestätigung bedarf, sollen in Paris bei Ausrückung des Ausschusses des Allgemeinen Gewerkschaftsverbandes (C. G. T.) schwere Unruhen ausgebrochen sein, die zu blutigen Zusammenstößen geführt hätten. —

Das neue italienische Ministerium. Die römischen Blätter berichten, daß der König den Kreisminister Bonomi mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt habe. Der Führer der katholischen Volkspartei, Meda, habe Bonomi versichert, daß er die Unterstützung seiner Partei finden werde. —

Wilson's Zustand ernst. Staatsbeamte beginnen zu fürchten, daß ein völliger Zusammenbruch Wilsons immi telbar bevorsteht. Krankenpflegerinnen stehen ihm Tag und Nacht zur Seite. Wilson soll ganz gelähmt sein. —

Depeschen.

Wahlergebnis in Braunschweig.

Braunschweig, 17. Mai. Nach dem bisherigen vorläufigen Ergebnis der Landtagswahlen erhalten die Unabhängigen 23, der Landeswahlverband 23, die Sozialdemokraten 8 und die Demokraten 6 Sitze im Landtag. (Siehe Leitartikel.) —

Die Schweiz dem Völkerverbunde beigetreten.

Bern, 16. Mai. In der am Sonntag vorgenommenen Volksabstimmung wurde mit 410 000 gegen 320 000 Stimmen der Beitritt der Schweiz zum Völkerverbund beschlossen. Die Wahlbeteiligung betrug durchschnittlich 86 Prozent. —

Warenhaus Gebr. Barasch

Preiswerte Pfingst-Angebote!

Rochnadel
mit Silber
6.75

**Perl-
halbketten**
2.25 6.00

Widwidtöffel
1.75 1.95

**Rinder-
Rucksack**
3.65

**Besuchs-
Handtasche**
Leber
25.00

Coupletöffel
Marke Diamant
78.00

Guttarton
6.00

Thermosflasche
24 Stunden warm-
haltend, 1/2 Liter
28.50

Damen-Handschuhe

reine Seide, gemustert, farbig und weiß Paar 3.75
reine Seide, porz. weiß und schwarz Paar 5.25 6.50
reine Seide, glatt, weiß und schwarz Paar 5.75 8.00
Damen-Halbhandschuhe, lang, reine Seide, schwarz,
weiß und farbig Paar 3.50

Damen-Strümpfe

engl. lang, weiß u. schwarz, Doppelfoote, -ferse u. -spitze Paar 19.50
engl. lang, weiß, schwarz und leber, Doppelfoote, -ferse
und -spitze Paar 23.50
engl. lang, schwarz, Doppelfoote, -ferse u. -spitze, ohne Naht Paar 27.50
Seidenflor, moderne Kleiderfarben Paar 32.50
Seidenflor, durchbrochen, gemustert Paar 45.00
Fühllinge, Seidenflor, schwarz Paar 3.95

Trikotagen

Herren-Malohemden 65.00 69.50 74.00
Herren-Blatohemden 52.00
Herren-Einlagenhemden 81.50 88.50 95.00
Reisjacken für Damen 9.75 10.50 11.75
Reisjacken für Herren 12.00 13.00 20.75

Herren-Artikel

Herren-Selbstkleider, moderne Neuheiten 4.50 7.00 8.50 bis 38.00
Herren-Krawatten, lange Form 5.25 7.85 10.25 bis 25.50
Herren-Hosenträger, gute Qualität, Curt. 2.50 2.75 3.25
Herren-Schweizer, weiß und gemustert 4.25 5.75 6.75 7.35
Herren-Shorts, weiß und modifarben 5.40 6.50 7.75
Herren-Garnituren, Gervilure und Manschetten Garnitur 15.00
Herren-Oberhemden, weiß, beste Verarbeitung, in allen Weiten.

Strohhüte 21.00 25.00 für Herren 33.00 45.00 bis 105.00
9.75 11.00 für Frauen 14.75 15.00 bis 28.50

Knaben-Wasch-Anzüge
Kittel-, Schlupf-, Blusenformen
einfach und gestreift in allen Größen
53.00 58.00 73.00 83.00 bis 173.00

Haarband
Meter
1.95 3.95 4.95

Zoffband
Meter
2.75 4.95 5.75
9.75

**Schärpen-
band**
ca. 8-12 cm breit
Meter
8.50 9.75 10.50

**Zipfel-
mützen**
12.75 15.50

**Damen-
Korsetts**
gute Stoffe
moderne Formen
35.00 42.50
53.00 60.00 bis 82.50

Konfekt. Weisswaren

Blusentragen, Batist, gestickt und mit Spitze 14.50 10.50 7.50 5.50 3.75 3.25
Neue Schalltragen für Jaden und Kleider 19.50 16.50
Batisttragen für Jaden und Kleider 28.50 18.50
Batisttragen mit Sabot 22.50 18.00 15.00
Sabots, große Form 20.00 14.50 9.95 5.85 4.25
Matrosen-Garnituren 19.50 18.50 13.75 12.75
Kleider-Knoten 12.50 5.50 4.25 3.50 2.75
Kleider-Garnituren, weiß, Matrosen- und runde Form 4.95 3.50 2.25 1.85

Rinder-Häubchen, Matrosenmützen
in großer Auswahl.

Taschentücher

Posten Schweizer Seidenröllchen mit entzündenden Eden 2.75
Damen-Taschentuch, Seidenbatist, mit bunter Kante und
Hohlsaum 2.85
Rinder-Taschentücher, weiß Batist mit Hohlsaum 1.85
Herren-Batisttaschentücher, weiß, mit breitem Hohlsaum 4.10
Herren-Batisttaschentücher, weiß, mit bunter Kante und
Hohlsaum 5.90
Gebrauchsfertige Taschentücher, weiß Elton, besonders
vorteilhaft 5.75

Reinleinen Batisttuch mit Hohlsaum für Herren . 5.75

Rabaliertücher Seidenbatist und Seide,
in reicher Auswahl.

Damen-Wäsche u. Schürzen

Damenhemden, Wäschechluss 62.00 64.00 68.00 71.00
Damen-Beuteltücher, Kniesaffon 43.50 58.50 62.00 72.00
Damen-Untertalben 21.00 23.50 26.50 29.00 49.50
Damen-Blusen-Schürzen 33.00 41.00 48.00 47.80 bis 53.00
Damen-Tüschel-Schürzen mit Träger, weiß und farbig 11.75 14.50 18.85 20.25 bis 38.50

Lackgürtel rot, grün, 100 cm lang 5.00
Lackgürtel schwarz 9.50
Lackgürtel mit Handdurchzug 14.00
Wildledergürtel 30.00

**Herren-
Sodenhalter**
Paar
6.50 8.50 9.50

**Damen-
Strumpfhalter**
Paar
6.50 8.75 9.25

**Rinder-
Strumpfhalter**
Paar
0.50 1.45 2.75

Schnürkittel
prima Mato,
100 cm lang
Paar 1.50 1.75

Schnürkittel
prima Mato,
120 cm lang
Paar 1.75 2.10

Schnürkittel
prima Eisengarn,
100 cm 96 cm
Paar 1.35 Paar 1.00

**Halbschuh-
Schnürkittel**
prima Mato
Paar 1.25

**Gummi-
Strumpfband**
Meter
3.00 4.50 8.00

Kundenlisten-Eintragungen
für **Brickette** und **Grudekoks**
werden außer in unserm Kontor Wittenberger Straße 21, auch im
Zigarrengeschäft des Herrn A. Trentel, Döbnerstraße 17 und in
der Mädelerei des Herrn F. Eggert, Neuhaldensleber Str. 46 vorgenommen.
Magdeburger Kohlenvertrieb H. Ulrich & Co.
Fernsprecher 1805. 1218

zur 1178
Frauenhaare
Abfall und alle Haararbeiten zahle ich, da
Selbstverbraucher, die höchsten Tagespreise
Lenk, Haargroßhandlung
Bismarckstr. 1. Geschäftszeit von 8 bis 4 Uhr.

Brennholz, Bohnenstangen
verkauft preiswert 1117
R. Badelt, Banckstraße 16
Fernsprecher 7438.

Brennholz
für Industrien, Bäckereien und Zentralheizungen in
Buche, Eiche, Birke und Kiefer liefert sofort in jeder ge-
wünschten Länge
Carl Wiemann Kohlenhandlung, Brennholz-
Spalt- und Sägewerk.
Rogätzter Straße 22. - Tel. 7624.

Die Kundenlisten
zur Eintragung der
neuen Kohlen- und Grudekoksarten
liegen auch in diesem Jahr in meinen Geschäfts-
räumen aus.
Trotz der neuen Gruppenstellung seitens
der städtischen Ortskohlenstelle ist ein jeder meiner
wertigen Kunden aus allen Stadtteilen, be-
sonders Wilhelmstadt, berechtigt, sich bei mir
eintragen zu lassen.
Wilhelm Orede 1730
Hauptvertrieb von Riebeckchem Grudekoks
und M.-W.-Bricketts
Hauptbahnhof Westseite
Wilhelmstraße 8d. Fernsprecher 2299.

Gese meiner verehrten Kundschaft hiermit freundlichst
zur Kenntnis, daß die
Kohlen- u. Grudekoks-Kundenlisten
1920/21
zur Eintragung bei mir, Pechauer Straße 28, ausliegen.
Bitte und pünktliche Bedienung sichere ich meinen wertigen
Kunden zu.
Wilh. Schmidt,
Pechauer Straße 28.

Wegen vorgerückter Saison
Damenhüte, Rinderhüte,
Sporthüte 1978
zu äußerst billigen Preisen.
M. Trauge,
Bismarckstraße 26.

**Hemd
gestohlen**
wird, können Sie sich schon
einige meiner verbesserten
Schloßversicherungen
oder ein gutes 1750
Sicherheitschloß
anschaffen. Solche empfehle
in großer Auswahl.
Anfertigung von
Schlüsseln aller Art.
Gustav Braune
Schloßmeister,
Str. 2 Apfelfstraße Str. 2.

**GUMMI-
KARTEN-
SCHLÄUCHE**
prima
Qualitäten
HUGO NEHAB
JOHANNISBERG-STRASSE 2

**Fahrrad-
Mäntel u. Schläuche**
aus feinstem Naturgummi
und in bester Qualität.
Richard Kruse
Erprob. u. Damer-Fahrräder
Lübecker Straße 102.
1103

Brickette-Zentrale
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Hauptkontor: **Magdeburg** Fernsprecher: Nr. 7928 und Nr. 339
Kaiser-Wilhelm-Platz 4
Ausgabestellen: Hauptbahnhof Westseite, Fernspr. 4499; Elbbahnhof,
Fürstenufer 24, Fernspr. 2304; Bahnhof Gubenburg, An der Wuhne,
Fernspr. 5391; Bahnhof Neustadt, Gröberstraße, Fernspr. 7729; Bahn-
hof Dudau, Brauerstraße (im Bau), 1210
**Helmstedter Bricketts, Hüttenkoks, Grudekoks, Anthrazit,
Gierbricketts, Schmiedekohlen, Holz und Zorf**
Wir bitten, die Eintragung in die Kundenliste - im eignen Interesse
der Verbraucher - so bald als möglich in einem unserer Kontore zu bewirken.

Eintragungen in unsere Kundenlisten
für **Kohlen und Grudekoks**
bitten wir in unserm Kontor, Kleiner Stadtmarsch 11a, oder in unserm
Zentralmagazin auf dem Elbbahnhof, Fürstenufer 24, Eingang von
der Saugengrabenstraße aus, vornehmen zu lassen. Die allseitig anerkannte, besonders
wieder in den letzten Jahren erprobte Leistungsfähigkeit unserer Prima
bietet auch fernerhin für pünktlich forcierte Ausführung der übermittelten Aufträge.
Wilhelm Engel G. m. b. H.
Kohlen- und Koksgrößhandlung
Tel. 248. Kl. Stadtmarsch 11a. Tel. 8417.

Lieferung von Hausbrandkohlen
und **Grudekoks**
kann auch im neuen Versorgungsjahr nur
gegen Kohlenkarte erfolgen.
Behördlich vorgeschrieben ist Ein-
tragung in die Kundenliste. Wir bitten
unsre geschätzten Abnehmer, sich an unsre
nachstehenden, Geschäftsstellen zu wenden.
Ausser Kohlen aller Art liefern wir
grosse und kleine Mengen
Holz und Brenntorf
nach sämtlichen Stadtteilen prompt und zu-
verlässig. H 155
Schultze & Scharer G. m. b. H. & Co.
Geschäftsstellen:
An der Elbe 12 und Hasselbachstr. 7, 1.
Fernspr. 1128. Fernspr. 8002.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 17. Mai 1920.

Abbau der Zwangswirtschaft.

Aus dem Reichsernährungsministerium wird berichtet:

Im Reichstag fand am Sonnabend unter dem Vorsitz des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Gerners, eine Beratung der Ernährungsminister der Länder über die zukünftige Getreide-, Kartoffel- und Fleischbewirtschaftung statt. Grundsätzlich stimmte die Versammlung den Ausführungen des Herrn Reichsministers zu, daß mit allen Kräften dahin gestrebt werden müsse, die Zwangswirtschaft so bald wie möglich überflüssig zu machen, und daß der beste Weg hierzu eine tatkräftige Förderung der Landwirtschaft sei.

Hinsichtlich der Getreidebewirtschaftung wurde vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft der Entwurf einer Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 vorgelegt. Dieser hält für Brotgetreide an dem bisherigen Bewirtschaftungssystem fest, weil mit Rücksicht auf die Sicherung der Volksernährung eine Lockerung des Zwangssystems in diesem Jahre noch nicht möglich erscheint. Ferner wird der Hafer wieder in die Zwangsbewirtschaftung einbezogen, da die Freigabe des Hafers zu großen Inzuchtgefahren, auch hinsichtlich der Bewirtschaftung von Brotgetreide, geführt hat. Dagegen sollen Hülsenfrüchte freigelassen werden.

Die Versammlung stimmte diesem Entwurf im wesentlichen zu, mit Ausnahme des Vertreters einer Regierung, der für das Umlagesystem eintrat.

Für die Kartoffelbewirtschaftung wurde ein vom Reichsausschuß der Deutschen Landwirtschaft zusammen mit dem Großhandel und dem Deutschen Städtetag ausgearbeiteter Plan vorgelegt. Dieser Plan, dessen ursprüngliche Gestalt im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit Rücksicht auf die Sicherung der Volksernährung wesentliche Änderungen erfahren hatte, bezweckt die Erziehung der Zwangswirtschaft durch ein System von Lieferungsverträgen, und zwar soll auf die Zwangswirtschaft verzichtet werden, wenn die Landwirtschaft auf diesem Wege bis zum 1. August 1920 20 Millionen Zentner zur Sicherstellung des Bedarfs der versorgungsberechtigten Bevölkerung zur Verfügung stellt. Dieser Plan fand in der Versammlung geteilte Aufnahme. Ein Teil stimmte der Vorlage zu, während die Vertreter einiger Regierungen starke Bedenken dagegen geltend machten. Es besteht jedoch die Aussicht, daß auf diesem Gebiet entsprechend den gemeinsamen Wünschen der Landwirtschaft und des Deutschen Städtetags durch das vorgeschlagene System eine Milderung der Zwangswirtschaft schon in diesem Jahre herbeigeführt werden kann.

Die Entwürfe über die Getreide-, Kartoffel- und Fleischbewirtschaftung werden in der nächsten Woche dem Reichstag und dem 6. Ausschuß der Deutschen Nationalversammlung zur Genehmigung unterbreitet werden.

Der an den Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossene Verband nordwestdeutscher Konsumvereine, der 160 Konsumvereine mit 470 000 Mitgliedern umfaßt, hielt am 8. und 9. Mai in Hameln seinen Verbandstag ab, der von 350 Delegierten besucht war. Der Verbandstag beschäftigte sich auch mit der Frage der Zwangswirtschaft. Nach einem eingehenden Referat von Heinrich Kaufmann (Hamburg) wurde nach einer mehrstündigen Aussprache die nachstehende Entschließung einstimmig angenommen:

Der 35. ordentliche Verbandstag nordwestdeutscher Konsumvereine kommt bei Würdigung aller Verhältnisse zu der Überzeugung, daß die Aufrechterhaltung der zwangsläufigen Bewirtschaftung der wichtigsten Nahrungsmittel und lebensnotwendigen Bedarfsartikel heute nicht mehr im Interesse der Verbraucher liegt. Die Zwangswirtschaft kann die von ihr erwarteten Aufgaben nicht erfüllen. Die Produktion wird nicht gefördert, sondern behindert. Eine gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung wird nicht erreicht. Die Bevölkerung muß sich einen großen Teil der Nahrungsmittel und Bedarfsartikel im Schwarzhandel beschaffen. Eine Verbilligung der Waren wird heute durch die Zwangswirtschaft nicht mehr erreicht. Der ganze bürokratische Apparat belastet im Gegenteil die Waren mit ungeheuren Lasten. Der Verbandstag fordert daher von der Regierung einen sofortigen Abbau der genannten zwangsläufigen Bewirtschaftung. Gerechtigt erscheint ein Uebergangsstadium für Brotgetreide.

Andere Tagungen der Unterverbände des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine haben sich mit der Frage des Abbaues der Zwangswirtschaft ebenfalls beschäftigt, wobei sie zu demselben Ergebnis gelangten.

— Max Baehge †. Von parteigenösslicher Seite wird uns mitgeteilt, daß am Sonntag der Privatmann und Genosse Max Baehge in seinem Heim in Gäßb plötzlich verstorben ist. Mit ihm ist ein Mann dahingegangen, der in den achtziger Jahren, in der Zeit des Ausnahmegerichtes und auch in den letzten Jahren hart und unbeugsam seine Parteipflicht erfüllt hat. Im Geheimbundprozeß im Jahre 1887 wurde er vom Gericht als einer der Leiter der geheimen Organisation der Sozialdemokratie bezeichnet und erhielt dafür neun Monate Gefängnis, die er im Zellengefängnis zu Blößensee verbüßte. Rücksichtslos bis zum äußersten verteidigte er seine Ansichten gegen jedermann und war jeden Augenblick bereit, wenn es galt, seine Person der Sache zu weihen. Er steht er noch vor uns älteren Genossen, während die jüngere Generation ihn kaum gekannt haben dürfte. In der Gemeindevertretung in Gäßb war er bis zu seinem letzten Augenblick im Interesse der dortigen Einwohner tätig.

— Sozialdemokratischer Verein, Bezirk Südost. Am 14. Mai fand eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in der die Genossen Krohn über die kommenden Reichstagswahlen referierte. Sie schilderte, was seit der Revolution erreicht ist und was noch zu tun ist. Sie wies des weitern hin auf die Stellung der gegnerischen Parteien u. uns, insbesondere

der rechtsstehenden. An der sozialdemokratischen Wählerchaft liege es nun, dafür zu sorgen, daß in den kommenden Reichstag eine sozialdemokratische Mehrheit einzieht. Allseitiger Beifall lohnte die Ausführungen der Genossen. Am Schluß forderte der Vorsitzende auf zur regen und tatkräftigen Wahlarbeit.

— Elternbeiratsung. Der Elternbeirat der Sudenburger Bürgermädchenschule (Helmstedter Straße) hielt am Freitag eine Sitzung mit dem Lehrerkollegium ab. Beim Punkt Gesundheitspflege und Gesundheitslehre wurden berechtigte Klagen geäußert über die Kartoffellagerung in der betreffenden Schule. Der intensive unangenehme Geruch, der wohl infolge Mänsnis von den Kartoffeln ausströmt, macht sich in sämtlichen Schulräumen in recht widerlicher Weise bemerkbar. Es wäre sehr zu wünschen, wenn bei künftigen kommunalen Kartoffellagerungen die Schulen davon ausgenommen werden könnten. An die Eltern der anliegenden Straßen richten wir das dringende Ersuchen, auf ihre Kinder in dem Sinne zu wirken, daß sie das Neudruck des Schulgebäudes nicht dauernd verunreinigen und verunziern. Es gibt wohl kaum eine Schule in ganz Magdeburg, die unter diesem Uebelstand darunter zu leiden hat wie die in der Helmstedter Straße. Der Vorgarten wird als Müllgrube benutzt, von den Sträußchen und Büschen werden die Zweige abgebrochen und das Schlammwasser die Gassen und Eingänge zur Schule werden mit Vorliebe zur Verhinderung der Notdurft aufgeschüttet. Die Behälter unserer Kleinen sollen doch auch auf die Erwachsenen einen guten und laubenden Eindruck machen, hier aber hat man stets einen ganz häßlichen und unästhetischen Anblick. Also Eltern, ermahnt eure Kinder!

Wähler-Versammlungen.

Heute Montag, abends 8 Uhr, spricht im „Elbgarten“ in Cracau
Chirurgieassistent Paul Baber.
Genossinnen und Genossen, sorgt für starken Besuch.

Beamtentum u. Reichstagswahl

Über dieses Thema spricht heute abend 1/8 Uhr im „Hohenzollernpark“
Abg. Müller (Hannover).
Kein Beamter darf fehlen!

— Im Gastwirtsgerwebe wird noch geküßelt. Wohl nur in seltenen Ausnahmefällen, immerhin, es gibt noch Zeitgenossen, die der Verhinderung der Gastwirtsangehörigen schreien darüber: Eine Wamsell kündigt zum 15. d. M. die Stellung. Am anderen Tag erkrankt sie und der Arzt bescheinigt die Arbeitsunfähigkeit. Die Erkrankte geht zu ihren Eltern und überfordert sofort den Krankenthein. Am 8. Mai wieder gesund geschrieben, meldet sie sich zum Dienstantritt, um die restlichen Tage bis zum Ablauf ihrer Anbindezeit weiter zu arbeiten. Die Frau verweigerte den Dienstantritt und nach wiederholten Nachfragen, wann denn ihr Mann zu Hause ist, erhält sie die lakonische Antwort: „Wenn er da ist!“ Damit war die Wamsell begründlicherweise nicht zufrieden. Im weiteren Verlauf des Gesprächs führt die gnädige Frau mit folgenden Worten die Wamsell ins Privatzimmer zu ihrem Gatten: „Erlebige mal das freche Ding. Und ihr Gatte „erlebigt“ die Wamsell, indem er ihr eine schallende Ohrfeige verleiht. Es war Herr Hugo Postle, Victoria-Automat, Breiter Weg 123. Ein noch krasserer Fall. Ein anderer Arbeitgeber, beschuldigt das Mädchen der Mißverwahrnehmung. Diese bestreitet entschieden eine Schuld. Als sich das 24jährige Mädchen auf ihr Zimmer begab, folgte ihr der Arbeitgeber. Ohne weiteren Wortwechsel warf er sie hinaus und küßte sie mehrere mal vor die Brust und auf den Arm. Die zur Herausgabe der einbestalteten Sachen des Mädchens angerufene Polizei erklärte machtlos zu sein. Es war Herr Schlumm, Restaurant zum Vorfürsten, Sudenburg. Mit beiden Fällen wird sich der Staatsanwalt beschäftigen müssen. Wie lange werden freie Arbeiter und Arbeiterinnen noch diese Behandlung dulden? —

— Zur Frage der Sozialisierung. Zu unserem Bericht über den von der Liga zum Schutze der deutschen Kultur veranstalteten Erörterungsabend schickt uns Dr. Theding folgende wichtige Mitteilung: „Nachdem ich ausgeführt hatte, daß die Verwirklichung des Sozialismus und damit auch die Durchführung einer Sozialisierung, die ihren Namen verdient, nicht auf evolutionärem, sondern nur auf revolutionärem Wege möglich sei, sagte ich ziemlich wörtlich folgendes: „Sie brauchen vor dem Worte Revolution nicht zu erschrecken, das keineswegs mit blutiger Gewaltanwendung gleichbedeutend ist. Sie haben ja bereits eine Revolution erlebt, die gewissermaßen eine passive war, die im Zusammenbruch des herrschenden militaristisch fundierten politischen Systems bestand. Einer zweiten Revolution gehen wir jetzt, wenn die Entwicklung so weiterdreht, entgegen, die in einem Zusammenbruch des kapitalistischen Wirtschaftssystems bestehen wird.“

Wer steht im Wahlkampf in vorderster Linie?

Die Zeitung!

Wer erörtert die politischen Probleme, berichtet Wahlkämpfe und gegnerische Verdrehungen?

Die Zeitung!

Darum, Genossen und Genossinnen, stärkt euer Blatt, nützt den Wahlkampf, um Abonnenten zu gewinnen, werbt für die

Volksstimme.

— Angehoben. Der Kaufmann A. Henning, Zerbster Straße 5 wohnhaft, wurde in der Nacht vom Sonntag zum Montag auf dem Wege vom Hauptbahnhof nach seiner Wohnung in der Königsmörner Straße von einem unbekannt gebliebenen Mann durch einen Bauchschuß schwer verletzt. Der Verwundete wurde im Sanitätswagen dem Krankenhaus Mühlberg zugeführt.

— Geschlechtsleiden und die Naturheilkunde. Über dieses Thema hielt der Leiter der deutschen Naturheilkunde einen von den hiesigen Ortsvereinen veranstalteten öffentlichen Vortrag in der Luisenschule. Der Kampf, für den die Ausheilung der Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten typisch sei, könne nicht zum Ziel führen, denn er sei gekennzeichnet durch Erregung von Angst durch Schreckensbilder und die zugleich erfolgslose unethische und übertriebene Anstrengung angeblich sicher wirkender Heilmittel. Dabei werde die Wirkung der Selbstheilungskräfte der Geschädigten, so wie sie die Naturheilbewegung seit Jahrzehnten fordert, vernachlässigt und diese Bewegung selbst schroff bekämpft. Die Verlammlung nahm einstimmig eine Entschliessung an, in der sie sich gegen das unethische Empfehlen von Narkosemitteln wendet, wodurch erfolgreiche Heilweisen, die Naturheilkunde und ähnliche biologische Heilverfahren bekämpft werden. Wegen der beabsichtigten Aufhebung des seit 50 Jahren bewährten Rechtes der Kranken auf freie Wahl des Arztes und der Heilmittel werden die Geschlechtskrankheiten erhöht die Verlammlung entschlossen Einspruch. Nur von einer sachgemäßen Aufklärung der Jugend und ihrer Erziehung zur sittlichen Reinheit und Willensstärke, zur Selbstbeherrschung gegenüber den Genußgütern sei Erfolg zu erwarten.

— Im Antrag der Firma Stooff & Tag gegen die Offizientrale Berlin. Zu der in Nr. 112 unserer Zeitung gebrachten Mitteilung schreibt uns die Firma Stooff & Tag folgendes: „Aus welchen Gründen, ob aus rein formalen, rechtlichen oder tatsächlichen Gründen das Gericht den betr. Antrag von uns abgelehnt hat, wissen wir noch nicht, da unsern Anwalt, und auch wohl dem Gegenanwalt, eine Ausfertigung von dem Urteil noch nicht zugestellt worden ist. Unser Antrag auf Erlass der einstweiligen Verfügung war auch nicht auf Weitererfüllung der Schrottilieferungsverträge, sondern nur darauf gerichtet, der Offizientrale zu verbieten, daß sie diejenigen Mengen, welche wir bereits vertrieben, aber auf Grund uners Vorkaufsrechts noch nicht übernommen hatten, und welche wir bei Weitererfüllung der Schrottilieferungsverträge noch zu vertrieben hätten, und dann auf Grund uners Vorkaufsrechts übernehmen könnten, wegen dieses Vorkaufsrechts an Dritte ausliefern. Neben dem Antrag auf Erlass dieser einstweiligen Verfügung haben wir gleichzeitig Klage erhoben. Diese Klage ist auf Weitererfüllung der Schrottilieferungsverträge gerichtet. Auch über sie wurde im Termin am 7. d. M. verhandelt. Die Verhandlung mußte jedoch schließlich verlagert werden, da der Gegenanwalt erst im Termin seine Klagebeantwortung dem Gericht mit, und überbrachte.“

— Im Hirschenhof-Prunksaal wird wieder ein erhellendes Parliamentsprogramm gezeigt. Aus der Fülle des Gebotenen seien hervorgehoben: der furchtbare atomballische Springakt von Lino und Wau, die mit ihren wertvollsten Leistungen das Publikum erheitern; die zielreichen und amüsanten Tänze aus „alter, alter Zeit“ wie die Elm Vitter und Frey Mandow vorführen; der Meisterjongleur Montreuil, der mit einer Fülle von schwierigen Leistungen in guter Rollenbung aufwartete; das Kunstseilbündel von Laurenz und Warner, mit seiner vorzüglichen Vogelimitation, Josef M. me erfreute mit guten, künstlerischen Langdarstellungen; Hermann M. Krum als Humorist und Volkshypnotiseur wurde viel belacht, und die Melicos-Truppe bot schwierige Leistungen auf dem Gebiet equilibristischer Balance-Akte. Das gut zusammengestellte Programm wird seine Zugkraft nicht verlieren.

— Ein mißglückter Heberfall. Der Schiffer Franz Nix aus Weben versuchte am 20. Januar mit einem bereits abgeurteilten Mittäter auf dem Lagerplatz des Kaufmanns Friede den Besitzer zu überfallen. Sie legten sich vor dem Pferdehals, wo Friede Pferde fütterte, auf die Bauer. Beim Herausstreifen des Friede aus dem Pferdehals gingen ihm die beiden Verbrecher zu Leibe. Während Nix den Heberfällen mit einem Schlagring bearbeitete, zerriß ein Helfershelfer diesen an den Reimen, so daß er hinfiel. Der Versuch, Friede die Brüstung zu entreißen, mißlang jedoch, da dieser sich zur Wehr setzte und die Verbrecher bei den lauten Hilferufen die Flucht ergriffen. Die Strafkammer verurteilte Nix heute zu einer Gefängnisstrafe von 4 Jahren und 1 Monat Gefängnis.

— Gestohlen wurden einem Herrn vor dem Hauptbahnhof eine goldene Glashütte Präzisionsuhr Nr. 10117 nebst echter goldener Kette; Fahrrad „Wartburg“ mit schwarzem Rahmen, gelben Felgen; Damenrad, mit schwarzem Rahmen, schwarzen gummi abgesetzten Felgen, „Barade“, schwarzer Rahmen, gelbe Felgen, gerade Lenkstange, „Deutschland“, Rahmen und gelbe Felgen, „Rita“, ohne nähere Bezeichnung; aus einem Geschäft in der Braunerstraße eine dunkle Ledertasche; aus Wohnungen in der Ebendorfer Straße 120 Meter braunes Seidenstoff, in der Ebendorfer Straße ein vollständiges Federbett, eine weiße Bettdecke, eine weiße Tischdecke mit Monogramm M. G., ein Paradehandbuch (gez. A. G.), im Editharing zwei Werber-Toppiche, ein Barometer; aus der Garderobe einer Weinprobe am Weiten Weg drei verschiedene Heberzieher; aus einem Stall auf dem Bahnhofsgebäude acht verschiedene Säbner; aus einem Wärterinnenzimmer einer Krankenanstalt ein gebülmtes Damentisch; aus einem Bureau in der Wilhelmstraße eine Schreibmaschine „Adler 7“ Nr. 142520; aus einem Geschäft in der Königstraße ein schwarzer langer Damenmantel; auf der Königstraße ein neuer blauer Kinderportwagen; aus einer Fabrik am Leimbörger Weg ein größerer Poiten verschiedenfarbiger Nähgarn auf Rollen; aus einem Café am Weiten Weg ein hellgrauer Heberzieher und aus dem Garderoberraum eines Schanklokals in Wilhelmstraße ein schwarzer Sommerüberzieher mit schwarzem gestreiftem halbbeidenem Futter.

— Ein Raub gestohlen und geschaltet. Von den zurzeit aus Anlaß der großen Aufräube von Müddich behufs Abnahme durch die ausländische Kommission in größerer Anzahl auf dem hiesigen Bahnhof beschäftigten Welter haben drei namens Paul Tempel aus Groß-Dietzleben, Alfred Girschi aus Wolmirstedt und August Pfeffer von hier am 13. d. M. ein Raub gestohlen, geschaltet und das Fleisch unter sich verteilt. In Gemeinschaft einiger anderer ihrer Kollegen brangen sie auch gewaltsam dort in einen Schuppen ein und stahlen mehrere Speckseiten.

— Ein Auto gestohlen. Am 12. d. M. wurde in Stuttgart ein Kraftwagen „Wanderer“, schmal, mit zwei hintereinander gelegenen Lederpolsterigen, blau lackiert, rote Räder, Erntenummer 3 A 876, Motornummer 1789, gestohlen. Der vermutliche Täter ist ein jüngerer Mann, etwa 1,76 Meter groß, schlank, mit rehraunem Aug und Sportmütze. Für die Wiederherbeischaffung des Wagens hat der Bestohlene 1000 Mark Belohnung ausgesetzt. Sachdienliche Angaben erbittet die Kriminalpolizei, Zimmer 66.

— Dem ist das Schwein gestohlen? Am 18. d. M. wurde seitens der Kriminalpolizei in einer Wohnung in der Knochenhauerstraße mehrere Stücke frisches Schweinefleisch, welche noch mit Borsten versehen waren, vorgefunden und beschlagnahmt. Das Fleisch rührt zweifellos aus einem Diebstahl her. Wer hierfür als Bescholener in Frage kommen kann, wird ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 60, zu melden.

— Eisenbahnabstiebstahl. In der Nacht zum 11. d. M. sind auf dem Bahnhof eines Nachbarortes aus einem verschlossenen Gültwagen drei Kisten gestohlen, nach einem Weizenfeld verschleppt, dort aufgehoben und geplündert worden. Unter anderem sind den Dieben 50 Flaschen Wein „Kronenbrand“ in die Hände gefallen. Angaben, die zur Ermittlung der Täter führen können, erbittet die Kriminalpolizei, Zimmer 66.

— Unfall bei der Arbeit. Am Sonnabend vormittag 909
sch der Formelehrer Heinrich W., wohnhaft Marbenstraße 6,
bei der Arbeit in einer Maschinenfabrik (Budau) eine schwere
Kopfleberung zu, so daß seine Heberführung mit einem Kranken-
wagen nach dem Krankenhaus Sudentz erfolgen mußte. —

Magdeburger Partei-Nachrichten.

Regier. Wilhelmstraße. Montag den 17. Mai, abends 7 1/2 Uhr. Sitzung
der Bezirkskommission und Bezirksvertrauensleute S. P. D. im Elektrizität
Hause, Gröbnerstraße.
Regier. Haupt Post. Mittwoch den 19. Mai, abends 7 1/2 Uhr. Sitzung
über die Anträge der Partei.
Regier. Haupt Post. Donnerstag den 20. Mai, abends 7 1/2 Uhr. Sitzung
über die Anträge der Partei.
Regier. Haupt Post. Freitag den 21. Mai, abends 7 1/2 Uhr. Sitzung
über die Anträge der Partei.
Regier. Haupt Post. Samstag den 22. Mai, abends 7 1/2 Uhr. Sitzung
über die Anträge der Partei.
Regier. Haupt Post. Sonntag den 23. Mai, abends 7 1/2 Uhr. Sitzung
über die Anträge der Partei.
Regier. Haupt Post. Montag den 24. Mai, abends 7 1/2 Uhr. Sitzung
über die Anträge der Partei.
Regier. Haupt Post. Dienstag den 25. Mai, abends 7 1/2 Uhr. Sitzung
über die Anträge der Partei.
Regier. Haupt Post. Mittwoch den 26. Mai, abends 7 1/2 Uhr. Sitzung
über die Anträge der Partei.
Regier. Haupt Post. Donnerstag den 27. Mai, abends 7 1/2 Uhr. Sitzung
über die Anträge der Partei.
Regier. Haupt Post. Freitag den 28. Mai, abends 7 1/2 Uhr. Sitzung
über die Anträge der Partei.
Regier. Haupt Post. Samstag den 29. Mai, abends 7 1/2 Uhr. Sitzung
über die Anträge der Partei.
Regier. Haupt Post. Sonntag den 30. Mai, abends 7 1/2 Uhr. Sitzung
über die Anträge der Partei.

Theater, Konzerte etc.

Städtisches Theater. Der Schöne Weller über die literarisch-
musikalischen Besprechungen an den Sonntagvormittagen unverändert ihre
Angehörigkeit und der fünfte Tag von Gedächtnis von Badenberg
Hauptstadt. Am Mittwoch 7 1/2 Uhr im Jugend-
heim Vortrag des Genossen Brühl: Eine Reise nach Kassel.
Am Donnerstag 7 1/2 Uhr im Jugend-
heim Vortrag des Genossen Brühl: Das deutsche Volkstüm-
liche Leben.
Städtisches Theater. Am Sonntag wurde dem Publikum ein Schwan
von Georg Monowitski „Der Großstadtvalet“ vorgeführt. Ein an gewagten
und wahrhaftigen Beschreibungen und Färbungen überreiches Produkt, das die
Zuschauer in die frühesten Jahre verführte. Ein Vortrag des Genossen Brühl: Eine Reise nach Kassel.
Am Donnerstag 7 1/2 Uhr im Jugend-
heim Vortrag des Genossen Brühl: Das deutsche Volkstüm-
liche Leben.
Städtisches Theater. In dem schlichten Haus auf dem Werder begann
am Sonntag die Sommertheater. Gegeben wurde „Liebe“ von Anton W. L.
Das Drama der Ehe, von der ein hoher Schieler der Aktion und
des Wahns gerissen wird. Der Dichter weiß über das Bild ein neues Gesicht
schöner Gedanken und lenkt den Genuß des Geschehens dort, wo das Drama zur
Katastrophe emporgreift, in einen blühenden Fluss trübender Stimmungen.
Paul und die Schätze gab wieder den Martin, Fritz Schmidt den Titel
Verdacht. Das Spiel der beiden Künstler stand auf gewohnter Höhe. Ada
Kant, die sonst die Mutter spielte, war erkrankt, Therese Koffka sprang
im letzten Augenblick ein und füllte die Lücke geschickt aus. Sie gab außerdem
wieder die Madame Charlotte. Die beiden weiblichen Hauptrollen Frau Anna
und Wera waren neu besetzt: Elise Landory und Antonie Straßmann.
Das Charakterbild des Weibes wurde von Elise Landory in klaren Linien
gezeichnet. Das gleiche ist auch von der Wera Antonie Straßmann zu
sagen. Ihre Wera war kein verächtliches Bildnis, sie war eine in ihrer Welt.
Am ganzen zeigte die Aufführung sichere Linien und gab dem Gebanten der
Sichtung klärenden Ausdruck. Das vollbesetzte Haus folgte mit großer An-
teilnahme der Entwicklung des Stücks und gab seinen Dank an Darsteller und
Spielleitung sehr lebhaft zu erkennen.

Kleine Chronik.

Für 100 000 Mark Schreibmaschinen gekauft. Ein
großer Einbruch wurde in der Zweigstelle des Reichsversicherungsamts
die sich auf dem Grundstück des 14. Straßens Bahnhof in der Kreuz-
bergstraße in Berlin befindet, verübt. Es handelt sich um acht Schreib-
maschinen und zwei Rechenmaschinen. Die Diebe luden ihre Beute auf einen
Wagen und entkamen unangefochten. —
Ein Dampfer mit 230 Passagieren gesunken. Einer
Renteurmeldung aus Kalkutta zufolge ist der Dampfer Suseh mit 230
indischen Passagieren an Bord bei Hoogly gesunken. Man fürchtet, daß
viele Personen ertrunken sind. —

Der Schandfleck.

Roman von Ludwig Inzengruber.
(61. Fortsetzung.)
Die ersten paar Tage nach dem Feste des heiligen Kirchen-
patrons waren der Grassobdenbauer und Magdalena einander
gesittlich über die Wege gelaufen und hatten mehr als ein-
mal versucht, gleichmütig eine harmlose Zwiegespräch anzu-
knüpfen, denn es galt ja zu zeigen, daß es zwischen ihnen beiden
kein Arg habe; klopfte sich aber der Bauer unter seiner Rede
auf den Brust, an welchem die Dirne jenen Abend mit dem
Köpfchen genügt hatte, da wurde sie so brennendrot wie das Tuch
und ihr Blick schen, und das verwirrte den Bauer, oder wenn
sie im Eifer des Gesprächs ihm so nahe trat, daß er, um nicht
an sie zu rühren, die Arme hinter sich bergen mußte, da wurde
er verlegen und sie mit ihm. Nach jeder solchen verdeckten Be-
gegnung dauerte es immer längere und längere Zeit, bis sie
sich wieder aufsuchten, dann begannen sie sich auszuweichen, und
manch zufälliges Zusammentreffen, das sie wortlos einander
gegenübersehen ließ, machte die Sache nicht besser, so daß schließ-
lich das Erzählen eines Gerüchtes, um das andre in die Flucht
zu jagen. In Gegenwart eines Dritten oder vierten fühlten sie sich
vollkommen unbesorgen. „Es ist eine Dummheit“, ärgerten sich
beide im Stillen.
„Und eine höllertische dazu“, sagte laut der Bauer, etwa
am sechsten Tage der verlegenen Woche. „Weil wir uns
kennen, das Red zu haben, was wir uns eigentlich zu sagen
hätten und worüber wir sich ausreden sollten.“
Er stand an Hof an dem Gartenzäun, hinter welchem er,
wenige Schritte entfernt, Magdalena auf einer Bank sitzen sah.
Entschlossen ließ er das Gartentürchen auf und trat ein, aber
schon hatte sich über dem Geräusch die Dirne erhoben und schritt
jetzt, von ihm abgekehrt, einen Baumgang entlang. Den Weg
nach dem Hause hatte er ihr verlegt, und wenn er ihr bis an
das andre Ende nachfolgt, wird sie ihm wohl nicht ins freie
Feld entlassen.
Als Magdalena merkte, daß er ihr nachging, blieb sie, halb
abgewendet, stehen.
„Wir sind schon zwei Männer“, sagte er herantretend.
„Wir mögen uns gut leiden, aber weil wir uns nicht jagen wollen,
daß's anders gemeint ist wie sonst wohl unter zwei verschiedene
Leut, und sich jed's fürcht, 's andre könnt's in der Art aus-
beuten und falsch versteh'n, so rennen wir ganz unflug um-
einander.“
„Da is mir böllig ein Stein vom Herzen“, sagte sie, „daß
Du so redst.“
„Na, und mir wär' hüt kein kleiner drauf, wann ich anders
gredt hätt, als ich's mein“, lachte der Bauer. „Aber dem-
selben seh' ich mich nit aus, das wär, als trat' mer in ein Fuch-
senge und könnt' ein' Nemmen, daß's schier z'wider wurd'; lieber
bin ich aufrechtig! In Weibseuten gegenüber halt' wohl mancher,
der sonst der Wahrheit nit feind is, a Lug' für erlaubt, vermut-
lich weil er denkt, die reden auch gern seine Wort' durch die
Reuter und behaltens das Grobe für sich; aber ich hab' mich mein'
Tag' nit dazu verstanden können, anders zu jagen, als wie mir
ums Herz is, oder wie mir nicht is, und seit meiner Bau'rin
Tod — Gott tröst d' arme Seel' — hab' ich mich g'hit, einer ein
d' erste Zeit danach mehr als ein' Saubere und Wohlhabige
selber freundlich' unter d' Augen' gängen oder von andre mah-
gerudt worden ist. D' Leut' hat's freilich wundergenommen,
daß ich, noch in schönstem Manah'n' Witiber verbleib', aber sie
hab'n sich's derweis' z'recht'legt, ich tät's der Bürgerl' wegen;
soweit richtig, in Kind ein' Stiefmutter geb'n, is all'weil ein'
gewagte Sach', denn einer solchen wird allweil 's eigene Kind
lieber sein wie 's fremde, und dann gar eine aus'finden, die sich
dazu verstanden hätt, mein arm' s'ich' Gaherl' recht'schaffen zu
betreun' — ich hab' nach keiner' g'judt! Aber laß Dir jagen!“
Er sagte Magdalena an der Hand und leitete sie ein paar
Schritte, dann ließ er sie los und sie gingen nun, nebenein-
ander her, den Wegweg auf und nieder.
„Mit allein der Bürgerl' willen wär's! Mein Gott, wenn
einer weis'narichig is, so schwätz' sich ihm bald eine hinauf,
red' ihm all seine Bedenken aus, meint's wohl selber ganz ehr-
lich dabei und z'legt nemmer's gar noch d' Kinder zur Ausred',
daß's wieder heiraten mühten's z'weg'n d'! Nach der Hand weiß
sich wohl da und anderswo, 's Verpöcht' war nur verred'.
Bei mir hat's in derer Hinsicht kein' G'sahr' g'habt, denn mich
hat der G'stand weis'scheu' g'macht. Ja, ichau nur wunderig,
es is nit anderl'. Wann ein's, so rechn' ich Dich zum Haus
g'hörig, ich hab' Dir schon einmal vertraut, wodon zwar alle
g'wuch' hab'n, aber z' fürchten war, sie bemengen Dir's Wahre
mit Lug'n, hüt aber will ich Dir anvertrau'n, wo niemand
drum weiß, als ich allein, mit mal der doch der Nachse dazu
wär', mein Schwiegervater; b' andern, die's noch angangen

8. Verbandstag des Steinarbeiterverbandes.

Der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands hielt
vom 4. bis 9. Mai in Würzburg seinen 8. Verbandstag ab. Aus
dem Geschäftsbereich ging hervor, daß die Zahl der Mit-
glieder zurzeit über 42 000 beträgt, und daß im Jahre 1919 allein
61 000 Neuaufnahmen zu verzeichnen waren. Im Vorjahr wurden
80 Streite geführt, die sämtlich mit Erfolg abgeschlossen werden
konnten. Die zentrale Entwicklung des Tarifwesens in der deut-
schen Steinindustrie sieht nicht vor ihrem Abschluß. Der Kassee-
bericht zeigte, daß die finanziellen Verhältnisse des Verbandes
mustergültig sind, und daß sich allein im Vorjahr das Verbands-
vermögen um circa 600 000 Mark erhöht hat.
In der lebhaften Diskussion über die Berichte wurde an-
erkannt, daß der Vorstand für die Interessen der Mitglieder tätig
ist. Von der Opposition wurde erklärt, daß die Regierungspol-
itik der Mehrheitssozialisten nicht im Interesse der Steinar-
beiter läge. Die sozialistische Schwärzenbach im Vorsitzgebirge hatte
einen Antrag gestellt, der besagte, daß die Vorstandsbeamten und
Gauleiter, welche heute noch der Mehrheitssozialdemokratie an-
gehören, aus derselben auszuschneiden und sich der U. S. P. an-
zuschließen hätten, andernfalls sie von ihrem Posten zurückzutreten
haben. Bei der Abstimmung fand sich aber nicht eine
Stimme für diesen Antrag.
Die Statutenberathungskommission stützte sich bei ihren Be-
rathungen auf die Vorstandsvorlage, welche mit wenigen Abände-
rungen angenommen wurde. In der Beitragsleistung wurden
verschiedene Klassen eingeteilt, und zwar 8,50, 8, 2,50, 2 und 1,50
Mark pro Woche. Dementsprechend wurden die Unterhaltungs-
sätze neugestaltet. Die zukünftigen Aufgaben der
deutschen Gewerkschaften behandelte Genosse Silber-
schmidt, U. S. P., welcher als Vertreter des Allgemeinen deut-
schen Gewerkschaftsbundes erschienen war. Zur Veranschauli-
chung nahm der Verbandstag eine Resolution an, welche
besagte, daß die baugewerblichen Organisationen zu einer Konferenz
zusammentreten hätten, um über die Vorlage der Bauarbeiter
auf Schaffung eines Baugewerksverbandes untereinander zu beraten.
Der Verband der Steinarbeiter würde sich sehr aktiv an den
weiteren Verhandlungen beteiligen.
Die Vorstandswahlen wurden mit äußerst großem
Interesse vorgenommen. Der Vorsitzende der Wahlkommission,
Karl Meißner (Frankfurt a. M.), Mitglied der Opposition, er-
klärte, daß die Kommission einstimmig beschloßen hätte, den alten
Vorstand in seiner Gesamtheit, einschließlich des Redakteurs, wieder
in Vorschlag zu bringen. Bei der geheimen Abstimmung ergab
sich, daß 10 Delegierte für der Stimme enthielten und für die
Vorstandsmitglieder 71 Stimmen abgegeben wurden. —

Verbandstag der Bäcker und Konditoren.

Der Verbandstag tagte vom 6. bis 10. Mai in Nürnberg.
Vor Eintritt in die Tagesordnung gab es eine längere Ausein-
andersetzung über Betriebsorganisationen. Der Verbandstag nahm
hierzu einstimmig folgenden Antrag an: „Die Delegierten des
16. Verbandstages erklären, daß Mitglieder der unionsförmigen Be-
triebsorganisation, oder Mitglieder, die deren Bestrebungen direkt
oder indirekt fördern, nicht Mitglieder unserer Zentralverbandes
sein können.“
Die r. m. e. r. (Hamburg) betonte, daß dem Bäcker- und Kon-
ditorenverbande die revolutionäre Vorteile gebracht habe, die sehr wahr-
scheinlich durch jahrzehntelangen zähen Kampf nicht in diesem Um-
fang erreicht worden wären. Durch die Befreiung der Nach-
arbeit, Einführung der Sonntagsruhe und des Schutzes der Jugend-
lichen habe man die Bäcker auf die gleiche Stufe mit den andern
Menschen gestellt.
In der Tätigkeit des Verbandsvorstandes wurde wenig aus-
gesagt. Die Erörterungen drehten sich in der Hauptsache um die
Kriegspolitik der Gewerkschaften, die Arbeitsgemeinschaft usw.
Nebner der Opposition erklärten, die Arbeiterschaft sei über die
Revolution enttäuscht, da sie nicht das gebracht habe, was man
erwartet hätte. Die Führer hätten nicht den entschlossenen Willen
gehabt, die Macht zu ergreifen. Die Gewerkschaftler müßten auf
dem Boden des revolutionären Kampfes stehen.
Interessant war, daß der Führer der Opposition vom letzten
Verbandstag, 1918 in Leipzig, Barth (Berlin), sich jetzt sehr
schärf gegen die Nebner der Opposition wandte. Der revolutionäre
Gedanke dürfe nicht in sinnlose revolutionäre Phrasen ausarten.
Man treibe mit dem Wort „revolutionär“ Schindluder.
Die Anerkennung der Selben durch Arbeitsminister Schäfer
wurde allgemein kritisiert. Der Vertreter der Generalkommission,
Bakert (Berlin), erklärte, daß die Generalkommission die Ent-
scheidung Schäfers ebenfalls beurteile und eine Aenderung ver-
lange. Der Verbandstag nahm später zu dieser Sache eine Reso-
lution gegen Schäfer an.
In dem Referat über Räteystem, Arbeitsgemeinschaft betonte
der Referent, Redakteur Rankes (Hamburg), es handle sich darum,
die besten Wege zu finden, um die Kollegen aus ihrer wirtschaft-
lichen Not herauszuführen. Durch die Arbeitsgemeinschaften würden
die gewerkschaftlichen Grundsätze nicht aufgegeben.
Der Korreferent, Müller (Breslau), verwarf die Arbeits-
gemeinschaft, da sie kein Mittel zur Befreiung der Arbeiterschaft
sei. Die Arbeitsgemeinschaft sei ein Ausbeutungsbetrieb gegenüber

den Konsumenten. Er verlangt das revolutionäre Betriebs- system.

In der Diskussion sprach sich die übergroße Mehrheit der Dele-
gierten für die Arbeitsgemeinschaft aus. Die Meinungen der
Delegierten, die politisch zur U. S. P. gehören, waren geteilt.
Ueber den Abschluß von Reichstarifen für das Bäder- und
Konditorenverhandlung referierte Genosse Schöhl (Berlin). Er sprach sich
für den Abschluß eines Reichstarifs aus. Eine Entscheidung im Sinne
der Ausführungen Schöhl's wurde einstimmig angenommen.
Ebenso eine Resolution, die von der Reichsregierung Maßnahmen
zum Schutze der zahlreich erwerbslosen Bäder fordert. Die
jetzigen Sätze der Erwerbslosenfürsorge werden als zu gering be-
trachtet und eine Erhöhung verlangt.
Bei der Beratung des Punktes: Zusammenschluß zu einem
Nahrungs- und Genussmittelindustrie-Verband erklärte sich der
Verbandstag einstimmig für die Schaffung eines Industrie-Ver-
bandes. Es wurde eine fünfgliedrige Kommission eingesetzt.
Der Verbandstag stimmte einem Reglement für die Erteilung
einer Unterstufungsklasse für inbaldige Verbandsangehörige zu. Der
Verband stellt dem Unterstufungsfonds 50 000 Mark zur Verfügung.
Die Angestellten leisten einen Beitrag von 2 Prozent ihres Gehalts
die Organisation gibt laufend den gleichen Betrag. Das Beitrags-
und Unterstufungswesen wurde völlig neu geregelt. Die Beiträge
wurden verhältnismäßig hoch festgesetzt, sie betragen 50 Pfg. bei
einem Wochenlohn bis 85 Mark (Jugendliche) und steigen dann
um je 85 Mark weitem Wochenlohn um 50 Pfg. Bei einem Wochen-
lohn von 815 bis 860 Mark beträgt danach der wöchentliche Beitrag
5 Mark. Entsprechend den Beiträgen wurde auch die Streikunter-
stützung wesentlich erhöht. Sie beträgt 7 bis 15 Mark täglich, dazu
für jedes Kind 1,50 Mark. Das neue Statut tritt hinsichtlich der
Streikunterstützung am 1. Oktober 1920 und bezüglich der übrigen
Unterstützungen am 1. Juli 1921 in Kraft.
Bei der Wahl des Vorstandes wurden die bisherigen besoldeten
Vorstandsmitglieder und die Redakteure wiedergewählt. Der Sitz
des Verbandes bleibt Hamburg, der des Ausschusses München. —

Provinz und Umgegend.
Arbeiterjugendtag für West-Anhalt.
Am Sonntag den 30. Mai findet für West-Anhalt ein Ar-
beiterjugendtag in Hohmstau, zu dem wir alle Arbeiter-Jugend-
vereine und ältern Parteigenossen, die an der Arbeiter-Jugend-
bewegung Interesse nehmen, einladen.
Tagesordnung:
9 Uhr Eintreffen der auswärtigen Vereine.
9 1/2 Uhr: Gemeinamer Umlauf.
10—12 Uhr: Spiele und Volkstänze im Freien durch die teil-
nehmenden Vereine.
2 Uhr: Geschäftliche Beratungen.
3 Uhr: Öffentliche Jugendversammlung, Nebner Gen. Ollen-
hauer (Magdeburg).
7 Uhr: Elternabend unter Beteiligung Ackerleber Jugend-
genossen.
Anfragen und Anmeldungen sind zu richten an
Albert Günde, Hohmstau, Auguststraße 30.

Parteinachrichten.
Messdorf. Sozialdemokratischer Verein. Morgen Dienstag den 18. Mai,
abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Dicht.
Verleben. Sozialdemokratischer Verein. Am Freitag den 21. Mai,
abends 8 Uhr, findet eine Versammlung im Gewerkschaftshaus statt.

Kreis Wanzleben.
Groß-Otterleben, 17. Mai. (Volkshochschule.) In
dieser Woche werden von Lehrer Teubeloff zwei Heimat-
geschichtliche Vorträge gehalten, und zwar Dienstag (nicht Mont-
tag, wie bisher) und Freitag abend um 8 Uhr bei Ruffe. —
Langenwehdingen, 17. Mai. Die erste öffentliche
Wählerversammlung der Sozialdemokratischen Partei
findet am Donnerstag statt. Die Versammlung war gut besucht.
Genosse Jacobs sprach über die bevorstehende Reichstagswahl
und rechnete mit der Deutschnationalen Volkspartei gründlich ab.
Die Ausführungen fanden großen Beifall. In der Diskussion
sprachen noch die Genossen Siegel und Holter. Einmütiges
Arbeiten bei der Wahl wird den Sieg der Arbeiterschaft herbei-
führen. —
Klein-Rodensleben, 17. Mai. (Mitgliederversa-
mlung.) Vor zahlreich erschienenen sprach Genosse Schöhl über
die Wahlen und schilberte die schwierigen Umstände, unter denen
diese stattfinden. Dann wurde ein neuer Kassierer gewählt. Ge-
nosse Peters gab die Abrechnung vom 1. Mai und empfahl, dem
Unterbezirk 50 Mark zum Uebertrag zu bewilligen zur Be-
füllung zu stellen. Das wurde beschloßen. —
Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.
Verleben, 17. Mai. (Versammlungsbericht.) In
einer Wählerversammlung sprach Genosse Neßler. Er schilberte
die Arbeit der Sozialdemokratie in der Nationalversammlung und
die beabsichtigten Arbeiten des neuen Reichstags. Die schließlichen

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaftlichen Verhältnisse sind eine Folge der verkehrten Politik der Deutschnationalen, deshalb muß bei der Wahl mit den Reichsparteien eine gründliche Abrechnung gehalten werden. In der Aussprache kamen zwei Anhänger der S. P. D. und einer von der U. S. P. zu Worte. In sachlicher Weise widerlegte Genosse Mehler die Gegner und forderte die Anwesenden auf, am 6. Juni für die Liste Bauer zu stimmen. Einig und geschlossen muß sich die Arbeitererschaft eine sozialistische Reichstagsmehrheit schaffen. —

Dahlenwerfchen, 15. Mai. (Ein städtischer Junker) ist der Gutsherr Wrenne. Dem Vorsitzenden des Landarbeiterverbandes A. Borkle wurde von diesem Arbeitgeber ohne wichtigen Grund gekündigt. Trotzdem die Verbandsvertreter den Gutsherrn ersuchten, diese Kündigung rückgängig zu machen, blieb er hartnäckig auf seinem Standpunkt stehen und erklärte, lieber verpachte er seine Wirtschaft, als daß er Kapotte wieder Arbeit gebe. Da also durch Verhandlungen nichts zu erreichen war, mußte der Schlichtungsausschuß angerufen werden. Dieser entschied, daß Kapotte wieder einzustellen ist und daß die Lage, die dieser freiwillig feiern mußte, vom Arbeitgeber zu zahlen sind. Trotz des Schiedspruchs weigert sich der Kapotte aber, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Nunmehr mußte dem ordentlichen Gericht die Entscheidung übertragen werden. Die Gefeksmühlen arbeiten in solchen Fällen aber langsam, so daß endlich die Gebuld der Arbeiter doch ein Ende nahm. Diese beschloßen in einer Versammlung, wenn Kapotte, der schon seit Februar ohne Lohn und Brot war, innerhalb 8 Tagen nicht eingestellt wird, ruhen die Betriebe. Trotz der Warnung bequamen sich die Junker nicht, dem berechtigten Verlangen der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen. Am 10. Mai wurden daher sämtliche landwirtschaftlichen Betriebe in Dahlenwerfchen, Gersdorf und Klein-Immenseleben stillgelegt. Sogar die Notstandsarbeiten sollten sich die Großkapotte und Krantjunker selber machen, denn die Arbeiter erklärten: „Will man einen Familienvater mit 18 Kindern verhungern lassen, so müssen wir mit gleichen Mitteln arbeiten.“ Im Interesse der Volksernährung griff der Amtsvorsteher ein. Erst nach langen Verhandlungen bequamen sich die Arbeitgeber, dem Gemäßigten Arbeit als Feld- und Jagdhüter zu geben, den gleichen Lohn und Deputat wie den Landarbeitern und außerdem die Hälfte des Streikgeldes zu bezahlen. Diese Angelegenheit beweis deutlich, daß nur Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterschaft in der Lage ist, die Rechte der Landarbeiter zu wahren. Deshalb müssen alle Landarbeiter mitbestimmen an dem Aufbau des Landarbeiterverbandes. — Ueber die Reichstagswahl sprach Genosse Borkle in einer Wählerversammlung. Der Redner forderte die Anwesenden auf, am 6. Juni reiflos zur Wahl zu gehen und ihre Stimme nur der sozialdemokratischen Liste zu geben. Es meldete sich kein Gegner zu Worte. Zum Schluß wurden die Eltern auf die am 16. Mai, nachmittags 8 Uhr bei Krause stattfindende Jugendversammlung hingewiesen. —

Dahlenwerfchen, 17. Mai. (Sie werden nicht alle.) Der Gesangsverein hatte am Himmelfahrtstag ein Vergnügen. Die Mitglieder, die durchweg dem Arbeiterstand angehören, veranstalteten Befestigung des Schwarzweihrotens Bandes. Die Mehrzahl besaß gern diesen Antrag. Zwei Grubenarbeiter, ein Barbier und ein Lehrer jedoch gaben ihrer Gegenmeinung am andern Morgen dadurch Ausdruck, daß sie grölend riefen: „Schwarzweihrot muß oben bleiben.“ —

Deendorf, 15. Mai. (Die Deutschnationalen) hielten doch noch am Mittwoch eine Wahlversammlung ab. Es waren dazu auch Herren erschienen, die man sonst in keiner anderen Versammlung sehen kann, besonders auch Angestellte, die sich noch zu diesen Kreisen hingezogen fühlen. Wäre aber die Arbeiterschaft der Versammlung ferngeblieben, so hätte der Herr Generalsekretär Schulz aus Berlin fast vor leeren Stühlen reden können. Der Herr ließ ein wunderschönes Programm vom Stapel, zu dem die Latein der Reichsparteien in schärfstem Widerspruch stehen. Die Genossen Spikner, König, Rinne und Tögle zeigten denn auch den Herrschaften, daß in Deendorf mit einem Stimmengang nichts zu machen ist. Nicht bezeichnend war es noch, daß nicht ein einziger Unabhängiger den Mut hatte, dem Gegner von rechts entgegenzutreten. —

Dornstedt, 17. Mai. (Eine Wählerversammlung) fand am Himmelfahrtstag statt. Genosse Reddigau sprach über die kommenden Reichstagswahlen. Großer Beifall von allen Bevölkerungsschichten wurde den sachlichen Ausführungen des Redners zuteil. Die Genossen Muffel und Werner forderten auf, geschlossen am 6. Juni die Liste der Mehrheitssozialisten zu wählen. —

Groß-Rottmerleben, 17. Mai. (Die Unabhängigen) hielten am Sonnabend eine Wahlversammlung ab. Als Referent war Bock (Magdeburg) erschienen, der der ruhigen Bevölkerung eine Schimpfkanonade gegen die sozialdemokratische Partei vorführte, anstatt alle zu einem geschlossenen Kampfe gegen rechts aufzufordern. In der Aussprache fiel es dem Genossen Reddigau sehr leicht, zu beweisen, daß Kritik zu üben viel leichter ist, als praktisch an der Verringerung der traurigen Verhältnisse mitzuarbeiten. Die große Mehrzahl der Anwesenden gab durch ihren Beifall zum Ausdruck, daß wir nur durch Demokratie zum Sozialismus gelangen können. Selbst unsere Gegnerin fiel es auf, daß der unabhängige Redner auch nicht ein einziges Wort gegen unsere Feinde von rechts gesagt hat; seine Feinde sind nur die Sozialdemokraten. Die Reaktionsäre freuten sich, daß die Arbeiterschaft durch ihre Selbsterhebung ihren Verbindungen schon auf dem halben Weg entgegenkommt. Die Arbeiterschaft von Groß-Rottmerleben und Umgegend wird trotz der Zersplitterungsabsichten der U. S. P. am Wahltag den Kampf geschlossen gegen rechts führen und für die Liste Bauer stimmen. —

Groß-Santerleben, 17. Mai. (In einer öffentlichen Wählerversammlung) sprach Bürgermeister Genosse Müller (Neuhaldensleben) über die Ziele der Sozialdemokratie und über die kommende Reichstagswahl. Die Versammlung war sehr gut besucht. Die Ausführungen des Redners fanden allgemeine Zustimmung. Die Genossen Zahn und Hüllburg sowie Genosse Schick (Schadensleben) verkehrten noch die Ausführungen des Referenten. Ein Beweis dafür, daß die Wählerausichten unserer Partei gut sind. Nur ein kleines Geplänkel über eine Ortsangelegenheit konnte unter den Gemeindevorstern nicht vermeiden werden. Eine Kellerversammlung ergab 46 Mark für den Wahlfonds. —

Gröden, 17. Mai. (Vom Wahlfeld) In einer gut besuchten Versammlung sprach am Himmelfahrtstag Genosse Schröder (Neuhaldensleben) über „Die Sozialdemokratie und die Reichstagswahl“. Seine Ausführungen fanden beifällige Aufnahme. Im Schlußwort wies der Referent die Unabgängigen Schollmann gegen die Genossen Weims und Krüger zurück. Eine Kellerversammlung ergab den Betrag von 28,50 Mark.

Neuhaldensleben, 15. Mai. (Stadtverordneten-Sitzung.) Die Separationsinteressen- und Jagdpachtassessorenrechnung wird genehmigt. Zustimmung wird davon Kenntnis genommen, daß in der gewerblichen Fortbildungsschule nach 7 Uhr abends kein Unterricht mehr erteilt wird, daß die Pellner und Barbieri in den frühen Nachmittagsstunden und diejenigen Lehrlinge, die kein Zeichen haben, nur bis 6 Uhr unterrichtet werden sollen, und daß die Meister an den Schultagen von der Arbeitszeit eine Stunde Pause vor dem Unterricht gewähren sollen. Ueber die Heranbildung und Unterbringung des Finanzamts berichtet der Erste Bürgermeister. In den städtischen Fürsorgeauschuß der Erwerbslosenfürsorge wird ein Arbeitgeber aus dem Steingut-, dem Leber- und dem Baugewerbe gewählt, an der Volksschule eine neue Stelle für eine Handarbeits- und Turnlehrerin geschaffen und für die Grundschule eine Lehrstellenverbreiterung bewilligt. Die Harmoniumspielgebur bei Begräbnissen wird auf 10 Mark, die Pfeifenkosten und Kagegeld für städtische Beamte nach dem Vorschlag des Magistrats, die Remuneration für die Forstdeputierten nach deren Antrag erhöht und für die durch Hochwasser geschädigten

Rheinländer 60 Mark beihilft. Von Eingängen ist zu erwähnen die Meldung von einem Waldbrand in der städtischen Forst am 8. Mai, was zu der dringenden Forderung an die Bevölkerung Anlaß gibt, unser Volksernährung durch peinlichste Vorkehrung zu bewahren, dann das Erjuder, das Meiereiungsamt durch Zuwahl von Grundbesitzern und Pächtern zu einem Pacht-einigungsamt zu erweitern, was auch geschieht, ferner eine Anfrage, ob einem Geschäftsmann die Erweiterung seiner Wohnung durch Einbeziehung einer gefälligen Wohnung gestattet sei, was verneint wird, und die Nachricht, daß der Wärdereiband der Stadt für die Armen 500 Mark gestiftet hat. In der nichtöffentlichen Sitzung werden die Kosten für die neue Tarifbesoldung der städtischen Arbeiter, für die Aufbesserung der Sekretinnen an der Höheren Mädchenschule sowie der Stundeneinsparungen an der gewerblichen Fortbildungsschule und für Zulagen an die bedürftigen älteren pensionierten Lehrer und Lehrermütter bewilligt. Alles soll aus laufenden Mitteln genommen werden, da für eine steuerliche Deckung zurzeit gar keine Aussicht vorhanden besteht. —

Schadensleben, 17. Mai. (In einer gut besuchten Versammlung) sprach am Sonntag Genosse Rothnagel (Dreileben) über „Sozialdemokratie und die Reichstagswahlen“. An der Hand reichen Materials wies der Referent darauf hin, daß nur durch Demokratie der Weg zum Sozialismus führe. Genosse Reddigau beleuchtete das Flugblatt der Deutschnationalen und forderte auf, geschlossen den Kampf gegen rechts zu führen. —

Sommerschenburg, 17. Mai. (Ein Jugendtag) der Arbeiter-Jugendvereine. Am Sonntag stand unser Ort im Zeichen einer festlichen Zusammenkunft der Arbeiterjugend aus den Orten Sommerschenburg, Sommersdorf, Hötenleben, Wadelben und Wölpe. In den ersten Nachmittagsstunden riefen die Jugendvereine mit Musik in den Ort ein, um dann vor dem Ort auf einer festlich angelegten Wiese aufzustellen zu nehmen. Eine große Anzahl von Festteilnehmern, alten und jungen, hatte sich aus der Umgebung eingefunden, als die Veranstaltungen mit einigen Rezitationen von Hötenlebener Jugendgenossen eröffnet wurden. Es folgten Begrüßungssprüche des Genossen Ollenhauer (Magdeburg) und Lieder zur Laute des Genossen Kertow (Magdeburg). Der Tag war weiter ausgefüllt durch Rezitationen und Ansprachen der einzelnen Ortsvereinsmitglieder und durch gelungene Weisenpiele der Jugendvereinsmitglieder aus Wadelben und Wölpe. Die Veranstaltung bedeutet für die Arbeiterjugende in diesem Teil unsers Bezirks einen neuen Erfolg. Die Mitglieder der bestehenden Vereine werden neue Hoffnung und Mut schöpfen und in den Orten, die bis jetzt der Bewegung fern standen, wird in kürzester Zeit die Arbeiterjugend sich sammeln und organisieren zu einem und zu allgemeinem Nutzen. Darin liegt der große Erfolg des Jugendtages in Sommerschenburg. —

Uepfingen, 15. Mai. (Der Sozialdemokratische Verein) Wadelben hatte eine Wahlversammlung einberufen, die leider nur mäßig besucht war. Genosse Schoss fehlte den Anwesenden die Ziele des Sozialismus auseinander und forderte auf, am 6. Juni für die sozialdemokratische Liste Bauer zu stimmen. —

Kreis Jericho 1 und 2.

Burg, 17. Mai. (Schlecht abgeschnitten) hat in einer öffentlichen Wählerversammlung der Kandidat der Deutschen Volkspartei, Dr. Kulenkampf, was nicht wunderzunehmen braucht, wenn man die Sache einer Partei verteidigen muß, die so vieles auf dem Kerbholz hat. Den größten Teil der Rede nahm der Versuch der Abwälzung der Mittelschicht der Deutschen Volkspartei am Klapp-Tisch ein. Er mißfiel aber gänzlich. Schwere Angriffe mußten sich die Demokraten gefallen lassen, weil sie vernünftigerweise in den Märztagen für der Generalfreie waren. Während des Vortrags herrschte die größte Ruhe, sie wurde aber von rechts sofort gestört, als die Diskussionsreihen der Volkspartei und ihrem Referenten manche hitzige Wahrheiten sagten, die hier auch in seinem kläglichsten Schlüsselwort nicht abschwächen konnte. Den Standpunkt unserer Partei vertraten die Genossen Kabelek und Schumacher. Unsere Genossen führten den Anwesenden klar vor Augen, daß die vom Redner gemischte Ueberbrückung der Anschauungen unmöglich sei, da es sich um zwei Weltanschauungen handle. Ferner wiesen sie nach, daß die Angehörigen der Volkspartei und die Deutschnationalen sich nicht reinwaschen könnten von der Mittelschicht der Märzputz. Mit der Aufforderung, am 6. Juni sozialdemokratisch zu wählen, schloßen unsere Redner. Diese Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen, woraus zu ersehen war, daß mindestens die Hälfte der Versammelten unsere Wähler waren. Bei dem Nadan gegen unsere Sprecher tat sich besonders Gleichgültigkeit hervor, der kein großer Freund der Zwangswirtschaft ist, weil diese den Preis für Fleisch und Brot nicht ins Ungemessene emporjagen läßt. Die Arbeiterschaft Burgs wird sich das Benehmen dieses Herrn merken, und wenn die von Herrn Fahrenholz so herbeigeholte Aufhebung der Zwangswirtschaft kommt, ihre Ware bei solchen Meistern kaufen, die der Arbeiterschaft weniger unshypothisch gegenüberstehen. — Wieder festgestellt wurde der vor einigen Tagen entworfene Fürsorgegeßling. — Gestohlen wurde in einem Gasthof einer Dame ein Portemonnaie mit 160 Mark. — Ueberfallen wurde der sich zurzeit in Altengrabow befindliche russische Kaufmann v. Mantekoff in der Freilagnacht um 1/2 Uhr in den Bahnhofsanlagen. Zwei Personen hielten ihn an, gaben sich als Kriminalbeamte aus und forderten ihn auf, mitzugehen. Untermwegs haben sie ihn dann überfallen und gewürgt. Als er wieder zu sich kam, bemerkte er seine Briefstache mit 7000 Mark und auf seinen Namen lautende Papiere sowie seinen Gummimantel. — Diebstähle wurden seit einiger Zeit des öftern bei der Firma Debermann u. Söhne ausgeführt. Es ist jetzt gelungen, einige Täter abzufassen und anzugeigen. — Eine strenge Kontrolle der Gastwirtschaften, Hotels usw. soll von jetzt ab stattfinden, da dort vielfach Fleischspeisen ohne Marken abgegeben sein sollen. — Abgenommen wurde auf dem Bahnhof einer ganzen Anzahl Personen Wehl und Brot, die diese nach außerhalb ausführen wollten. — Die Polizeibeamten der Stadt sind angewiesen, ihr Hauptaugenmerk auf das in letzter Zeit häufig stattfindende Befahren der Bürgersteige und Promenadenwege und die Beschädigungen der städtischen Anlagen zu richten. —

Genfien, 17. Mai. (Sozialdemokratische Wählerversammlung) Eine gut besuchte Versammlung der S. P. D. fand Sonntag abend in Reves' Hotel statt. Trotz des sachlich gehaltenen Vortrags des Genossen Waber (Magdeburg) konnten es sich die U. S. P.-Leute nicht verkneifen, schon während des Vortrags durch Zwischenrufe die ihnen unangenehmen Wirkungen der Rede aufzuhalten. In der Diskussion langweilte der Unabhängige W. B. A. M. (Magdeburg) die Versammlung. Wiederholte Schlußrufe waren die Folge seiner traurigen Ausführungen. Man scheint im Bager der U. S. P. ganz zu übersehen, daß der Feind rechts steht. Dem folgte ein Kommunist, dessen Ausführungen insofern von denen des U. S. P.-Redners abwichen, als sie mehr Sachlichkeit und mehr Realismus enthielten. Beide Redner forderten die Diktatur. Im übrigen konnte von unserm Diskussionsredner festgestellt werden, daß derartige Reden der Radikalen nur günstig für unsere Partei wirken würden. Letzteres kam ja auch dadurch zum Ausdruck, daß sich während der Versammlung zwölf neue Mitglieder ohne jede Agitation zur Aufnahme in die Sozialdemokratische Partei meldeten. Nur weiter so, der Erfolg bleibt dann nicht aus. Zum Schluß rechnete der Referent wirkungsvoll mit den Gegnern ab. —

Körbelitz, 17. Mai. (Freit.) Am Freitag abend hat der in guten Verhältnissen lebende Schuhmachermeister Wolf Dannehl seinem Leben ein Ende gemacht. Die Beweggründe dazu sind unbekannt. — Die Höhe einer wurde die Leiche einer weiblichen Person angeschwemmt. —

Soburg, 17. Mai. (Wählerversammlung.) In einer sehr gut besuchten öffentlichen Versammlung sprach Genosse Kammeler (Burg) über „Sozialdemokratie und Reichstagswahl“. In leicht verständlicher Weise wies der Redner schlagend nach, daß die Wutstößen gar kein Recht haben, der Regierung Vorwürfe zu machen. Es ist falsch, zu behaupten, es sei nichts erreicht worden. Dem alten Parteigenossen hat noch vor kurzem geglaubt, daß die Hauptforderungen der Sozialdemokratie, wie Achtstundentag, allgemeines gleiches Wahlrecht für Männer und Frauen, so schnell erfüllt werden würden. Wenn wir in der sozialen Gesetzgebung trotz der meistentlichen Fortschritte nicht mehr erreicht haben, so ist das die Schuld der anderen Parteien und des Volkes, das uns nicht die Mehrheit beschafft hat. Der Kampf wird nicht zwischen den sozialistischen Richtungen, sondern zwischen der sozialistischen und kapitalistischen Weltanschauung entschieden werden. Deshalb muß am Wahltag jede Stimme für die Sozialdemokratie abgegeben werden. In der Diskussion wies ein Redner darauf hin, daß man mehr Macht auf den Truppenübungsplatz Altengrabow geben müsse, da dort Anwerbungen für die Reaktionskräfte stattfänden. Zum Schluß wies Genosse Trusch darauf hin, daß in rechtsstehenden Kreisen die Arbeiterschaft wegen ihres Zusammenhaltens bemerkt würde. Das müsse uns zu noch regerer Tätigkeit anfeuern. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie und die Republik wurde die Versammlung geschlossen. —

Prethen, 14. Mai. (Nichts ist mehr sicher) vor den Rangjungern. Auf der Kleinbahn nach Sommern wurden nachts von einigen Güterwagen die Puffer abgefahren und gestohlen. —

Waltersdorf, 17. Mai. (Eine demokratische Größe.) Eine öffentliche, sehr gut besuchte Volksversammlung, in der erfreulichere auch Frauen stark vertreten waren, fand am 11. Mai statt. Referent war die Genossin Bils (Burg). Der reiche Beifall bewies, daß die Wahlung der Referentin: „Keine Stimme den bürgerlichen Parteien!“ am 6. Juni besetzt werden wird. Einer demokratischen Größe unsers Kreises, einem Lehrer aus unserm Orte, sagte diese Parole natürlich nicht. In der Aussprache gab er seiner Entrüstung Ausdruck, daß seine Partei von der Referentin als Rechtspartei bezeichnet wurde. Die Demokraten trübten doch auch auf freierlicher Grundlage. Die grundsätzliche Absicht, die er vom Genossen Wittkau erhielt, wird ihm aber wohl die Augen geöffnet haben. Gerade die demokratische Partei im Kreise kann am allerwenigsten auf eine freierliche Bestimmung Anspruch erheben, da sie die Deutschnationalen in ihrer Kampfweise noch übertroffen hat. Denn die Demokraten im Kreise haben sich als die größten Sozialisten entpuppt. Die „freierliche“ Bestimmung der Partei geht nur so weit, als Vorteile für sie dabei herauszubekommen sind, sonst aber wird mit den Deutschnationalen getölpelt. Unsere Referentin wurde mit den lausenden Ausführungen des Demokraten leicht fertig und bezeichnete ihn als politisch unreif. Der Beifall bewies, daß wohl fast alle Anwesenden ein gleiches Urteil sich gebildet hatten. Wenn sich unsere wertvolle Bevölkerung die politischen Größen der Demokratie in unserm Kreise genau ansieht, so kann kein einziger seine Stimme für diese Partei am 6. Juni abgeben, sondern wird sozialdemokratisch wählen. — In Altensdorf fand ebenfalls eine Versammlung unserer Partei statt. Auch hier lohnte sich der Beifall der Vortrag der Referentin. Die Demokraten schienen hier Kugeln zu sein. Eine ansehnliche Summe für den Wahlfonds kam ein.

Kreis Queblinburg-Wschersleben-Kalbe.

Bämette, 15. Mai. (Gemeindevorsteher-Sitzung.) Die Entscheidung für Schmelzierung wurde auf 30 Mark erhöht. Das Statut über die Vermögens- und Ausgabekonten wurde angenommen. Die Steuer wird für alle Mannschaften erhoben. Eine Beglommmission von sechs Wählern wurde gewählt und die Anstellung eines Feldhüters beschlossen. In der alten Schule, dem jetzigen Gemeindevorstand, sollen Umbauten und Reparaturen vorgenommen werden. Der Einkauf von ungefähr 250 Stück Obstbäumen wurde dem Gemeindevorsteher J. B. übertragen. Für ein Kinderfest wurde ein Beitrag bewilligt. —

Stahfurt, 17. Mai. (Die Stadtliche.) Der vom Sanitätsrat Dr. Israel in der letzten Stadtverordneten-Sitzung angeordnete und zum Beschluß erhobene Gedanke, zur Verringerung der Not unter den Militär- und Zivilinvaliden bzw. deren Hinterbliebenen eine neue Volksschule zu errichten, die wohlweislich zur Unterweisung von der früheren Volksschule unrichtigen Angehörigen „Stadtliche“ benannt werden soll, hat bei den Beteiligten dank lebhafter Gegenagitation energischen Widerspruch gefunden. Das kam recht deutlich in der am Himmelfahrtstag dieserhalb abgehaltenen gut besuchten öffentlichen Versammlung zum Ausdruck. Man nahm den Plan dieser Volksschule mit einigermaßen Mißtrauen entgegen, indem man von der völlig unzutreffenden Ansicht ausging, daß diese Rüche nichts weiter sein werde, als eine Nachahmung oder Fortsetzung der alten. Sogar politische Momente wurden in die Sache hineingetragen, indem ein Redner ermahnte, bei einer Neuwahl vorsichtiger zu sein, als das vorige Mal. Die letzten Gemächlichkeiten haben aber sicherlich nicht die Sünden der alten Volksschule auf dem Gewissen, man schäme die Ruchensfrage zu einem agitatorischen Zirkel auszuheben zu wollen. Eine Abstimmung ergab auch mit übergroßer Mehrheit das gewünschte Resultat, nämlich die Rüche abzulehnen. Den überzeugenden Worten des Stadtrats Setpel gelang es jedoch, einen vollständigen Umschwung in der Stimmung der Versammlung herbeizuführen, weil er alle Garantien bot, daß die früheren Fehler vermieden würden und anheimstellte, zu der städtischen Ruchenskommission einige Mitglieder hinzuzuwählen. Beschlossen wurde dann ohne Gegenstimmen, daß die Stadtliche beschuldigung anerkannt sei unter der Bedingung der Beteiligung der betreffenden Vereine an der Ruchenskommission. Verlangt wurde außerdem, daß die Verbilligung des Brotes um 2 Mark für das Stück, die nach dem von den städtischen Körperchaften gefassten Beschluß mit Errichtung der Rüche in Wegfall kommen soll, auch nach dieser Errichtung bestehen bleiben solle. Damit war die Zufriedenheit wiederhergestellt. —

Stahfurt, 17. Mai. (Weitere Spaltung.) Auch die Kommunisten in unserm Orte sind natürlich von den in ihrer Partei aufgetauchten Meinungsverschiedenheiten nicht unberührt geblieben, und es hat sich unversehens ein rechter Fißel unter Führung des Herrn Wallhaab und ein linker unter Herrn Schulze herangebildet. Am Himmelfahrtstag ist der volle Bruch zwischen den beiden Richtungen eingetreten. In diesem Tage hat in einer öffentlichen Versammlung der kommunistischen Partei der führender Vorwärtsredner Ernst Meyer ein durchaus maßvolles Referat gehalten und für die aktive Teilnahme an parlamentarischen Leben gesprochen. Die Diskussion ist außerordentlich lebhaft gewesen und hat damit gezeigt, daß die Leute aus der kommunistischen Partei ausgeschieden sind und zur kommunistischen Arbeiterpartei übergetreten sind. Also auch von Stahfurt werden die Nationalsozialistischen Zugang erhalten, sicherlich zur großen Freude der Koppahänger. Derselben Leute, die früher der Sozialdemokratischen Partei gleichgültig oder gar ablehnend gegenüberstanden haben, glauben nun, die Revolution auf ihre Weise weiter treiben zu müssen, wahrscheinlich deshalb, weil sie in früheren Jahren nichts von Politik gelernt haben und darum jetzt nichts davon verstehen. Wäre es nicht so, dann müßten sie doch begreifen, daß es augenblicklich gilt, in geschlossener Einheitsfront die demokratische Republik gegen rechts zu verteidigen. Jetzt aber arbeiten sie den Reaktionskräften in die Hände und werden das einmal zu verantworten haben. — Die Diebstähle nehmen überhand als Folge des schrecklichen Krieges. Insbesondere wird in den großen Betrieben unheimlich gehandelt. Daher hat sich der Arbeitgeberverband zu der Bekanntmachung veranlaßt gesehen, für jede Anzeige, die zur gerichtlichen Verurteilung und Wiedererlangung des gestohlenen Gutes führt, außer einer festen Belohnung von 10 Prozent des Wertes zu zahlen, wobei der Name des Anzeigenden nicht genannt werden soll. Davon ist zweifellos tief bedauerlich. Erstens, daß es überhaupt so weit hat kommen können und zweitens, daß hierdurch das Angeberum großzügig wird. Freilich muß anerkannt werden, daß Maßnahmen zur Vermeidung der Diebstähle getroffen werden. —

